



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Digitale Gegeninstitutionen
Radikaldemokratische Dimensionen von Hacktivismus,
rebellischen Städten und dem Fediverse

verfasst von | submitted by

Leoni Caren Rotter BA BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Sergej Seitz BA MA

Abstract

Diese Masterarbeit untersucht die radikaldemokratischen Dimensionen digitaler Gegeninstitutionen. In diesem Kontext werden drei Fallbeispiele analysiert: Der Hactivismus von Anonymous, rebellische Städte mit Fokus auf Barcelona en Comú und das Fediverse. Basierend auf den Theorien von Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Jacques Rancière wird besonders auf die Aspekte der politischen Subjektivierung, das Demokratieverständnis und die Verstetigung der jeweiligen Gegeninstitutionen eingegangen. Die Analyse zeigt, dass alle Beispiele mit alternativen Praktiken experimentieren und dabei die Kontingenz sozialer Ordnungen sichtbar machen. Sie fungieren als Orte des Widerstands und eröffnen Potenziale für eine radikaldemokratische Transformation der digitalen Sphäre. Die Arbeit plädiert für eine Stärkung solcher Gegeninstitutionen, um kapitalistisch-autoritäre Logiken zu bekämpfen.

This master's thesis examines the radical democratic dimensions of digital counter-institutions. Three case studies are analyzed in this context: the hacktivism of Anonymous, rebel cities with a focus on Barcelona en Comú, and the Fediverse. Based on the theories of Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, and Jacques Rancière, particular attention is paid to the aspects of political subjectivation, the understanding of democracy, and the perpetuation of the respective counter-institutions. The analysis shows that all examples experiment with alternative practices, thereby revealing the contingency of social orders. They function as places of resistance and open up potential for a radical democratic transformation of the digital sphere. The thesis argues for strengthening such counter-institutions in order to combat capitalist-authoritarian logics.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1 Forschungsstand.....	6
1.2 Forschungsfrage und Methodik	9
2. Grundlagen radikaler Demokratietheorien.....	11
2.1 Politische Subjektivierung	14
2.1.1 Politische Subjektivierung nach Laclau und Mouffe.....	14
2.1.2 Politische Subjektivierung nach Rancière.....	15
2.2 Demokratieverständnis	17
2.2.1 Demokratieverständnis nach Laclau und Mouffe	17
2.2.2 Demokratieverständnis nach Rancière.....	27
2.3 Verstetigung.....	29
2.3.1 Entgründung: Störung als demokratische Praxis	30
2.3.2 Periodisches Gründen: Revisionsoffenheit als demokratisches Prinzip	32
2.3.3 Hegemoniales Gründen: Diskursive Stabilisierung politischer Ordnung	33
3. Hactivismus als Bruch mit der polizeilichen Ordnung	35
3.1 Hactivistische Subjektivierung	37
3.2 Hactivistisches Demokratieverständnis	40
3.3 Hactivistische Verstetigung	43
4. Rebellische Städte: Die Rückeroberung des urbanen Raumes.....	45
4.1 Politische Subjektivierung in der rebellischen Stadt	48
4.2 Das Demokratieverständnis der rebellischen Stadt	51
4.3 Verstetigung der rebellischen Stadt	54
5. Fedipilled: Mit dem Fediverse zur digitalen Souveränität.....	57
5.1 Politische Subjektivierung des Fediverse	57
5.2 Demokratieverständnis des Fediverse	60
5.3 Verstetigung des Fediverse	63
6. Conclusio.....	66
7. Literaturverzeichnis.....	69

1. Einleitung

And then, somehow, this techno-utopianism returned in an inverted form. The benefits of anonymity became the basis for trolling, ritualized sadism, vicious misogyny, racism and alt-right subcultures. Creative autonomy became ‘fake news’ and a new form of infotainment. Multitudes became lynch mobs, often turning on themselves. Dictators and other authoritarians learned how to use Twitter and master its seductive language games, as did the so-called Islamic State whose slick online media professionals affect mordant and hyper-aware tones. The United States elected the world’s first ‘Twitter president’. Cyber-idealism became cyber-cynicism (Seymour 2019: 17).

Der anfängliche Traum von einer freiheitlich organisierten, von Meinungsfreiheit und Pluralismus geprägten digitalen Welt, die ein enormes demokratisches Potenzial aufweist, hat sich im Verlauf der Zeit zu einer orwellschen Dystopie entwickelt. Geprägt vom Überwachungskapitalismus hat Foucaults Panoptikum einen neuen Anstrich bekommen und versteckt sich hinter kurzen, buntbewegten Bildern, herzförmigen Likes und millionenfach geklickten Kurzvideos im Hochkantformat. Dabei entdeckte Google schon vor knapp 20 Jahren den Rohstoff „Mensch“ und beutet seine Daten im Dienst des Kapitalismus aus: „Vergessen Sie das Klischee ‚Wenn es nichts kostet, sind Sie das Produkt‘. Sie sind keineswegs das Produkt, Sie sind der Kadaver, der liegen bleibt. Das ‚Produkt‘ ergibt sich aus dem Überschuss, den man Ihrem Leben entreißt“ (Zuboff 2018: 439). Die Macht der Big Tech, der großen Konzerne – allen voran GAFAM (Google/Alphabet, Amazon, Facebook/Meta, Apple und Microsoft) – steigt dabei immer weiter. 2024 erzielte GAFAM einen Nettogewinn von über 400 Milliarden US-Dollar (Tagesschau 2025). Zum Vergleich: 2024 betrug das Bruttoinlandsprodukt in Österreich 493,1 Milliarden Euro (Statistik Austria 2025: 8).

GAFAM und andere Tech-Konzerne sammeln permanent Fingerabdrücke, die im Netz hinterlassen werden (Backhaus/Paulsen 2018: 117ff.). Dadurch bekommen große Konzerne den Zugriff auf Informationen, die algorithmisch ausgewertet werden. Zudem erobert seit einigen Jahren die Smart-Watch den Markt, durch die „Big Tech“ nicht nur Likes, Watchtime und Cookies im Auge behalten kann, sondern Zugriff auf Gesundheitsdaten erlangt und generiert. Das schlichte, zarte Design passt perfekt in die heutige Welt, geprägt von

Selbstoptimierung und dem Wunsch jede Selbstkontrolle in quantifizierbare, bunt-leuchtende Zahlen zu verwandeln. Smart-Watches wie die von Apple können etwa Trainingsdaten erfassen, oder den Schlaf und den Blutdruck überwachen (Apple 2026). Dadurch werden zahlreiche biometrische Daten generiert; Überwachungsmechanismen schleichen sich so nach und nach in das Leben der Nutzer*innen ein. Welche Folgen dies haben kann, zeigt der Historiker Yuval Noah Harari treffend:

If you know, for example, that I clicked on a Fox News link rather than a CNN link, that can teach you something about my political views and perhaps even my personality. But if you can monitor what happens to my body temperature, blood pressure and heart-rate as I watch the video clip, you can learn what makes me laugh, what makes me cry, and what makes me really, really angry [...] The same technology that identifies coughs could also identify laughs. If corporations and governments start harvesting our biometric data en masse, they can get to know us far better than we know ourselves, and they can then not just predict our feelings but also manipulate our feelings and sell us anything they want – be it a product or a politician. Biometric monitoring would make Cambridge Analytica’s data hacking tactics look like something from the Stone Age (Harari 2020).

Das Sammeln, Auswerten und Verkaufen von Daten (Big Data)¹ ist zu einer milliardenschweren Branche geworden, die es längst nicht mehr nur darauf abgesehen hat, personalisierte Werbung zu schalten. Welchen Einfluss dies auch auf das politische Geschehen und demokratische Vorgänge haben kann, verdeutlicht besonders der Cambridge Analytica-Skandal: Cambridge Analytica war eine Datenverarbeitungsfirma, die mit Hilfe einer App Persönlichkeitstests durchführte und dadurch Zugriff auf Millionen von Facebook-Profilen erhielt. Anhand der algorithmisch generierten Daten wurden im Kontext der US-Wahlen 2016 Millionen von US-Wähler*innen mit personalisierter politischer Werbung auf Facebook beeinflusst. Der Whistleblower Christopher Wylie, der für den Konzern arbeitete, beschrieb den Vorgang folgendermaßen: „We exploited Facebook to harvest millions of people’s profiles.

¹ Big Data steht für „das unkontrollierte, unglaublich schnelle weltweite Datenwachstum [...] [und] ist demnach eine übergroße Menge an Daten, die schon zu groß geworden ist, um durch uns auf herkömmlichen Computerfestplatten gespeichert zu werden“ (Mülling 2019: 18). Zur Verarbeitung dieser Datenmengen werden Algorithmen gebraucht. Es wird somit erst durch die Kombination beider Komponenten – Big Data und Algorithmen – das eigentliche Potenzial beider entfaltet (Mülling 2019: 36).

And built models to exploit what we knew about them and target their inner demons. That was the basis the entire company was built on“ (Wylie in: Cadwalladr/Graham-Harrison 2018). Als der Missbrauch der Daten öffentlich wurde, musste Facebook über 5 Milliarden US-Dollar Strafe zahlen und die Datenverarbeitungsfirma Cambridge Analytica verschwand von der Bildfläche (Weiß 2022).

Nicht nur auf diese Weise hat die kapitalistische Nutzbarmachung von Big Data ein demokratiegefährdendes Potenzial. Viele Dimensionen von Big Data, sowie die gesamte Infrastruktur ist nicht demokratisch, sondern aufgrund der kapitalistischen Logik autoritär strukturiert. Auf theoretischer Ebene wird die Macht von Algorithmen und der Tech-Konzerne anhand zweier Konzepte besonders deutlich: Der algorithmischen Gouvernamentalität und dem Überwachungskapitalismus.

Der Begriff der Gouvernamentalität² geht auf Michel Foucault zurück. Die französische Rechtsphilosophin Antoinette Rouvroy erweitert seine Theorie, wenn sie von „algorithmischer Gouvernamentalität“ spricht (Rouvroy 2013: 8). Durch Big Data, künstliche Intelligenz und eine zunehmende Algorithmisierung ist laut Rouvroy eine neue Form der Gouvernamentalität entstanden, denn die voranschreitende Digitalisierung bringt neue Potenziale der Verhaltensvorsage, Überwachung und Bevölkerungskontrolle mit sich (Rouvroy 2013: 10). Grundlegend definiert Rouvroy, gemeinsam mit Thomas Berns in dem Artikel „Algorithmic Governmentality And Prospects of Emancipation“ die algorithmische Gouvernamentalität folgendermaßen:

² Foucault schreibt zu Gouvernamentalität: „Ich verstehe unter ‚Gouvernamentalität‘ die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter ‚Gouvernamentalität‘ die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus geführt hat, den man über alle anderen hinaus die ‚Regierung‘ nennen kann: Souveränität, Disziplin, und die einerseits die Entwicklung einer ganzen Serie spezifischer Regierungsapparate [...] die Entwicklung einer ganzen Serie von Wissensarten nach sich gezogen hat. Schließlich denke ich, daß man unter ‚Gouvernamentalität‘ den Vorgang oder vielmehr das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der mittelalterliche Staat der Gerichtsbarkeit, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat wurde, sich nach und nach ‚gouvernementalisiert‘ hat“ (Foucault 2004: 162f.).

We thus use the term algorithmic governmentality to refer very broadly to a certain type of (a)normative or (a)political rationality founded on the automated collection, aggregation and analysis of big data so as to model, anticipate and pre-emptively affect possible behaviours (Rouvroy/Berns 2013: 172).

Rouvroy argumentiert, dass das Sammeln und Verarbeiten von Daten eine neue Form der Wissensproduktion hervorbringt. Dieses Phänomen nennt sie Datenbehaviourismus (Rouvroy 2013: 1). Das Beispiel des „Predictive Policing“ verdeutlicht dies: Das Computerprogramm analysiert Daten zu Verbrechen, um zukünftige Straftaten vorherzusagen und zu verhindern, wobei es Tendenzen in Stadtvierteln durch höhere Polizeipräsenz bekräftigt und existierende Verhältnisse reproduziert. In den USA wird es bereits vielfach eingesetzt (O’Neil 2018: 117f.).

Im Zusammenhang mit Algorithmen und Big Data wird die Perspektive Rouvroys um kapitalismuskritische Aspekte in dem Werk *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus* von 2018 der amerikanischen Ökonomin Shoshana Zuboff mit ihrer gleichnamigen Theorie erweitert. Darin geht sie vor allem auf den Aspekt ein, wie der Mensch zum Rohstoff der großen IT-Konzerne wird. Zuboff definiert den Überwachungskapitalismus wie folgt:

Überwachungskapitalismus beansprucht einseitig menschliche Erfahrung als Rohstoff zur Umwandlung in Verhaltensdaten. Ein Teil dieser Daten dient der Verbesserung von Produkten und Diensten, den Rest erklärt man zu proprietärem Verhaltensüberschuss, aus dem man mithilfe fortgeschrittener Fabrikationsprozesse, die wir unter der Bezeichnung ‚Maschinen- oder künstliche Intelligenz‘ zusammenfassen, Vorhersageprodukte fertigt, die erraten, was sie jetzt, in Kürze oder irgendwann tun (Zuboff 2018: 22).

Unter Überwachungskapitalismus kann somit die Handlung verstanden werden, die digitale Daten über menschliche Erlebnisse nicht mehr nur für ihre technische Verarbeitung sammelt, sondern die Daten darüber hinaus gewinnbringend für Vorhersageprognosen analysiert und verkauft.³ Welches Ausmaß der Überwachungskapitalismus vor allem in Kombination mit

³ Zu Beginn der Jahrtausendwende befand sich Google aufgrund der Dotcom-Blase in einer existenziellen Krise (Zuboff 2018: 95). Deshalb entschied sich der Konzern dazu (entgegen seiner ursprünglichen Abneigung), verstärkt auf Werbung als Einnahmequelle zu setzen, welche durch personalisierte Anzeigen auf Grundlage gesammelter Nutzerdaten geschaltet wird. Dieses Verfahren kann als Wendepunkt gesehen werden, weil Werbung an Nutzer*innen und nicht wie zuvor an Suchbegriffe gekoppelt wurde (Zuboff 2018: 96f.).

undemokratischen Staaten annehmen kann, lässt sich anhand des „Social-Credit-Systems“ in China verdeutlichen. Dieses erfasst unter anderem Internetdaten der Bürger*innen und bewertet und analysiert dadurch ihr Verhalten: Die gesammelten Daten werden in „gut“ und „schlecht“ beziehungsweise „erwünscht“ und „unerwünscht“ unterteilt und entsprechend belohnt oder bestraft (Zuboff 2018: 451f.). Der eigene „Score“ kann Auswirkungen darauf haben, ob man seine Kinder auf Privatschulen schicken, Flugtickets buchen oder ein Haus kaufen kann. Selbst auf Freundschaften und Dating-Apps hat die persönliche Punktzahl Auswirkungen (Zuboff 2018: 454f.).

Es zeigt sich anhand dieser Theorien und Beispiele, dass es Institutionen braucht, die den demokratiegefährdenden Elementen von Big Data etwas entgegensetzen. In einer zunehmend digitalisierten Welt, in der politische und ökonomische Machtstrukturen immer stärker versuchen, zentrale Kommunikationsräume zu kontrollieren und auf demokratische Prozesse einzuwirken oder diese obsolet zu machen, ist die Gefahr von Big Data für demokratische Vorgänge immens. So kann Big Tech nicht nur beeinflussen, was gewusst wird, sondern auch in einem bestimmten Rahmen ihr jeweiliges Recht durchsetzen und über Teilhabe am Diskurs entscheiden. Die Vereinigung von Wissen, Macht und Recht in der Hand kapitalistisch-plutokratischer Strukturen erinnert an die theologisch-politische Logik früherer Gesellschaften (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 226f). Treten allerdings Risse zwischen den Instanzen der Macht auf, wird eine Infragestellung ermöglicht, durch die das Volk selbst im Sinne einer neuen demokratischen Revolution zum Souverän werden kann. Aber inwiefern und auf welche Weise gibt es in der digitalen Sphäre Orte des Widerstands gegen die kapitalistisch-autoritäre Ordnung? Wie sehen sie aus, die digitalen gallischen Dörfer, die sich der algorithmischen Kontrolle und dem Missbrauch von Daten seitens der mächtigen Tech-Unternehmen bereits entgegenstellen? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, werden in dieser Arbeit digitale Gegeninstitutionen anhand drei verschiedener Fallbeispiele analysiert: Der *Hacktivismus*, das Konzept der *rebellischen Städte* und das *Fediverse*. Wie diese sich der beschriebenen Entwicklung widersetzen, welche radikaldemokratischen Dimensionen sie verzeichnen und in welchen Formen sie zu Tage treten, ist der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

1.1 Forschungsstand

Zu den Gefahren von Big Data im Zusammenhang mit politischer Autonomie wird viel geforscht. Dabei wird jedoch wenig auf Gegeninstitutionen eingegangen, die in dieser Arbeit in Bezug auf ihre radikaldemokratischen Dimensionen untersucht werden. Für das Verständnis von radikaler Demokratie wird sich insbesondere auf die Werke von Chantal Mouffe, Ernesto Laclau und Jacques Rancière bezogen. Ihre Theorien geben den Grundrahmen zur Untersuchung der jeweiligen Fallbeispiele. Eine besondere Rolle spielen dabei die Werke *Das Unvernehmen* (2002) von Rancière und *Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus* (1985) von Laclau und Mouffe.

Im Folgenden werden die drei Fallbeispiele kurz vorgestellt und der Forschungsstand aufgezeigt.

Hacktivismus

Hacktivismus bezieht sich auf den Einsatz von Computer- und Internetressourcen für politische Aktivitäten und Proteste. Hacktivist*innen setzen sich in vielen Fällen für freie Meinungsäußerung, Datenschutz und Transparenz ein und nutzen Technologien, um Informationen zu verbreiten, Zensur zu umgehen und Regierungsaktivitäten zu überwachen (Coleman 2013: 4). In ihrem Werk *The Coming Swarm: DDoS Actions, Hacktivism, and Civil Disobedience on the Internet* (2014) setzt sich Molly Sauter mit der Geschichte, Entwicklung, Theorie und Praxis von politischem Aktivismus durch sogenannte Distributed Denial of Service-Attacken (DDoS) auseinander. Ebenfalls mit Hacktivismus beschäftigt sich die Anthropologin Gabriella E. Coleman. Ihr Fokus liegt auf dem Hackerkollektiv Anonymous. In den Werken *Coding Freedom: The Ethics and Aesthetics of Hacking* (2013) und *Hacker, Hoaxer, Whistleblower, Spy: The Many Faces of Anonymous* (2014) schreibt sie über die Subkultur der Hacker-Community und ihre Facetten. Auch der Philosoph und Informatiker Harry Halpin beschäftigt sich in seinem Text „The Philosophy of Anonymous“ (2012) mit der Hackergruppe und ihrem Aspekt der Führungslosigkeit. Er zeigt damit auf, wie einerseits gerade das Nichtvorhandensein einer Führerschaft als eine Stärke in der Bewegung gesehen wird, andererseits dadurch die Formulierung von Forderungen erschwert werden kann.

Rebellische Städte

Die rebellische Stadt bezieht sich auf Städte, die sich aktiv gegen aus ihrer Sicht unfaire oder unterdrückende politische Strukturen stellen und alternative partizipative Modelle der Regierungsführung verfolgen (Harvey 2012: 5ff.). Hierbei spielen auch digitale Technologien eine wichtige Rolle. Diese können genutzt werden, um Bürgerbeteiligung zu fördern und transparente, demokratische Prozesse zu unterstützen (Morozov/Bria 2017: 61f.). So können zum Beispiel digitale Plattformen eingesetzt werden, um Bürgerdialoge zu ermöglichen, Entscheidungsfindungsprozesse zu dokumentieren und die Verwaltung effizienter zu gestalten, während gleichzeitig die Autonomie und Selbstbestimmung der Bürger*innen gestärkt wird (Sarnow/Tiedemann 2019: 9ff.). Der Geograph David Harvey prägt erstmals in seinem 2012 veröffentlichten Buch *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution* das Begriffspaar rebellische Städte. Darin untersucht er die Dynamik von Städten als Orte des sozialen Konflikts; Städte sind demnach Schauplätze von Auseinandersetzungen um Raum, Ressourcen und Macht, wobei Harvey die Rolle von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen bei der Gestaltung urbaner Entwicklungen betont. Der Artikel „Smart City or Smart Citizens? The Barcelona Case“ (2015) von Ignasi Capdevila und Matías I. Zarlenga beleuchtet am Beispiel Barcelonas die Spannung zwischen Top-down- und Bottom-up-Initiativen in der Smart-City-Entwicklung. Anhand von vier Dimensionen – Smart Districts, offenen Räumen für Zusammenarbeit, Infrastruktur und Open Data – zeigen sie auf, wie sich unterschiedliche Governance-Ansätze zueinander verhalten. Martin Sarnow und Norma Tiedemann befassen sich in ihrem Artikel „Rebel the Crisis? Neue Munizipalisten in Süd- und Südosteuropa“ (2019) mit dem Aufkommen munizipalistischer Bewegungen als Reaktion auf autoritär-neoliberale Krisenpolitiken. Sie beschreiben, wie Initiativen wie *Barcelona en Comú* durch digitale Beteiligungsformate und soziale Reformen politische Räume zurückerobern konnten. Evgeny Morozov und Francesca Bria analysieren in *Die smarte Stadt neu denken* (2017) die Schwachstellen zentralisierter Smart-City-Konzepte und plädieren für eine demokratische Digitalisierung „von unten“. Anhand der Stadt Barcelona zeigen sie auf, wie Technologie in den Dienst gemeinwohlorientierter, partizipativer Stadtpolitik gestellt werden kann. Ergänzend zur technischen und verwaltungspolitischen Perspektive zeigen Beiträge aus dem Sammelband *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte* (2017), dass rebellische Städte wie Barcelona weit über digitale Beteiligung

hinausgehen: Sie begreifen den urbanen Raum als politischen Ort, an dem neue Formen des Zusammenlebens, der Selbstorganisation und kollektiven Teilhabe entstehen: So verdeutlichen etwa Zechner, sowie Kubaczek und Raunig, dass munizipalistischen Bewegungen auf tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen durch lokal verankerte, solidarische Praktiken zielen. Im Zentrum stehen dabei demokratische Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Widerstand gegen die neoliberale Stadtentwicklung. Galcerán Huguet betont im selben Kontext die Bedeutung von Gemeingütern, öffentlicher Infrastruktur und Sorge als politische Prinzipien. Rebelle Städte wie Barcelona setzen auf Rekommunalisierung, alternative Wirtschaftsformen und eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, um urbane Demokratie neu zu denken.

Das Fediverse

Das Fediverse ist ein dezentrales soziales Netzwerk, das auf offenen Protokollen basiert. Im Gegensatz zu zentralisierten sozialen Netzwerken wie Facebook oder X, bei denen alle Daten auf den Servern des Unternehmens gespeichert werden und die Kontrolle über die Plattform in den Händen weniger liegt, ermöglicht die technische Infrastruktur des Fediverse verschiedene Knotenpunkte, die unabhängig betrieben werden können. Der Artikel „Understanding the growth of the Fediverse through the lens of Mastodon“ (2021) von Lucio La Cava, Sergio Greco und Andrea Tagarelli beschäftigt sich mit *Decentralized Online Social Networks* (DOSNs) welche als Alternativen zu zentralisierten Plattformen wie Facebook oder X verstanden werden können. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der X-Alternative Mastodon, welche als führende Plattform des Fediverse gilt. Auch Roel Roscam Abbing, Cade Diehm und Shahed Warreth setzen sich in ihrem Text „Dezentralised social media“ (2023) mit dem Fediverse auseinander. Sie diskutieren hierbei drei Arten der Architektur dezentralisierter sozialer Medien: föderiert, Peer-to-Peer und Blockchain-basiert. Des Weiteren beschäftigt sich Samer Al-khateeb in seiner Studie „Dapping into the Fediverse: Analyzing What’s Trending on Mastodon Social“ (2022) mit der Plattform Mastodon und zeigt auf, wie dezentralisierte soziale Netzwerke Nutzer*innen mehr Kontrolle über Inhalte bieten.

1.2 Forschungsfrage und Methodik

Digitale Technologien eröffnen neue Räume für politische Praxis, woraus sich die Frage ergibt, wie demokratische Teilhabe im digitalen Zeitalter neu gedacht werden kann. Die in dieser Arbeit analysierten drei Fallbeispiele – Hactivismus, rebellische Städte und das Fediverse – zeigen auf unterschiedliche Weise, dass bestehende Systeme auch anders gedacht werden können. Sie können als digitale Alternativen verstanden werden, die sich zentralen Plattformlogiken, autoritären Mechanismen oder neoliberalen Verwaltungsmodellen widersetzen.

Im Sinne der radikalen Demokratietheorie wird Demokratie nicht als fertiges institutionelles System verstanden, sondern als offener konflikthafter Prozess. Zentral sind im Rahmen dieser Arbeit drei miteinander verwobene Analyseperspektiven: Die politische Subjektivierung, das Demokratieverständnis und die Verstetigung. Diese Aspekte beschreiben die Entwicklung von Bewegungen: vom Aufbrechen bestehender Machtverhältnisse und der Aushandlung neuer Formen kollektiver Selbstbestimmung bis hin zu der Frage, ob und wie sich diese Praktiken institutionell oder infrastrukturell verstetigen lassen.

Während Hactivismus oft in temporären digitalen Aktionsformen verharret, wollen rebellische Städte politische Macht in kommunalen Institutionen verankern, wofür sie sich auch digitaler Werkzeuge bedienen. Das Fediverse wiederum zeigt, wie digitale dezentrale Infrastrukturen aufgebaut und gemeinschaftlich verwaltet werden können. Mit ihren verschiedenen Ansprüchen weisen sie verschiedene Grade der Verstetigung vor, von der punktuellen Intervention bis zur nachhaltigen Struktur.

In dieser Arbeit wird die zentrale Forschungsfrage „Inwiefern sind der Hactivismus, rebellische Städte und das Fediverse digitale Gegeninstitutionen und welche radikaldemokratischen Elemente verkörpern sie?“ diskutiert.

Weiter ergeben sich folgende Leitfragen: Wie entstehen politische Subjekte in den jeweiligen Fallbeispielen? Welches Verständnis von Demokratie wird praktiziert oder implizit vorausgesetzt? Und in welchem Maße findet eine Verstetigung statt?

Um die Forschungsfragen zu beantworten, wird zunächst das theoretische Fundament der Arbeit gelegt: Die radikale Demokratietheorie dient nicht nur als kritischer Rahmen zur Analyse digitaler Gegeninstitutionen, sondern auch als Leitlinie für die Frage, wie Demokratie im digitalen Zeitalter gedacht und praktiziert werden könnte. Nachdem auf den Postfundamentalismus als theoretische Grundlage der radikalen Demokratietheorie eingegangen wird, werden die Analysekatégorien politische Subjektivierung, Demokratieverständnis und Verstetigung erläutert. Im Anschluss werden die Fallbeispiele anhand dieser dargestellt und analysiert. Dabei wird sich im Wesentlichen einer diskursanalytischen Methode bedient.

2. Grundlagen radikaler Demokratietheorien

Demokratie ist nicht einfach ein Regierungssystem, dessen Elemente sich als politisch-soziale Fakten beschreiben und untersuchen lassen, sondern sie ist eine spezifische politische Weise der Formgebung (*mise en forme*), Sinngebung (*mise en sens*) und Inszenierung (*mise en scène*) des gesellschaftlichen Raumes [...] – ihr kommt mithin nicht nur eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des Gesellschaftlichen zu, sondern sie ist eine spezifische Form seiner Gestaltung. In diesem Sinne bedeutet radikale Demokratie, diese grundlegende Bedeutung politischer Stiftung gesellschaftlicher Ordnung anzuerkennen (Flügel-Martinsen 2020: 23f.).

In diesem Kapitel werden radikaldemokratische Theorien vorgestellt, um im weiteren Verlauf der Arbeit die Fallbeispiele aus radikaldemokratischer Perspektive analysieren zu können. Dabei wird zunächst auf den Postfundamentalismus eingegangen, der die theoretische Grundlage radikaler Demokratietheorie darstellt.

Der Begriff „Postfundamentalismus“ wurde vor allem von dem politischen Philosophen Oliver Marchart und seinem Werk *Die politische Differenz* von 2010 geprägt. Er schreibt dort über den Zusammenhang zwischen demokratischem Denken und Postfundamentalismus: „Nicht jedes postfundamentalistische Denken ist demokratisch im engeren Sinne [...]. Aber demokratisches Denken ist immer postfundamentalistisch“ (Marchart 2010: 363). Den Postfundamentalismus selbst definiert er folgendermaßen:

Unter Postfundamentalismus wollen wir einen Prozess unabschließbarer Infragestellung metaphysischer Figuren der Fundierung und Letztbegründung verstehen [...]. [D]er Postfundamentalismus [erweist sich] aber nicht einfach als Gegenparadigma zum Fundamentalismus (dann würde es sich um einen bloßen Antifundamentalismus handeln). Wenn sich der Postfundamentalismus als neuer Horizont eröffnet, so nur in Form eines sich ausdehnenden Randes des fundamentalistischen Horizonts [...]. Und zwar deshalb, weil im postfundamentalistischen Denken die Notwendigkeit (partieller) Gründungen nicht rundheraus bestritten wird. Eher arbeitet man mit der Hypothese von der Abwesenheit *eines letzten*, nicht *eines jeden* Grundes. [...] Nur unter der notwendigen Bedingung der Abwesenheit eines letzten Grundes werden überhaupt plurale und partielle Gründungsversuche möglich. So gesehen bleibt

im postfundamentalistischen Denken der ‚Grund‘ anwesend in der Form notwendiger Abwesenheit (Marchart 2010: 16f.).

Radikaldemokratische Ansätze unterliegen einem postfundamentalistischen Verständnis. Dieses beschreibt im Kontext der Demokratietheorie die grundlegende Einsicht, dass politische Ordnungen nicht auf letzten, unumstößlichen Gründen beruhen können. Der Postfundamentalismus transzendiert die Gegenüberstellung von Fundamentalismus und Antifundamentalismus: Er akzeptiert das Fehlen letztgültiger Wahrheiten, verfällt dabei aber keinem beliebigen Antifundamentalismus, der jede Form von Begründung für bedeutungslos hält. Vielmehr betont der Postfundamentalismus, dass gesellschaftliches Zusammenleben nicht ohne Gründe auskommt, diese Gründe aber immer vorläufig, umstritten und veränderbar bleiben müssen (Gebh/Seitz 2024: 8f.). Politische Ordnungen werden somit generell als das Ergebnis historischer Kämpfe, sozialer Aushandlungen und symbolischer Setzungen verstanden:

[D]er Postfundamentalismus [erkennt] die Endlosigkeit politischen Streits an und unterstreicht, dass Begründungen mit politischen Einsätzen und Kraftverhältnissen verbunden sind, ohne auf ein Machtspiel reduzierbar zu sein. Das Präfix ‚Post‘ in der Begriffsprägung ‚Postfundamentalismus‘ meint sowohl eine Zurückweisung als auch eine Radikalisierung des Fundierungsmotivs [...]: Der Mangel letzter Gründe intensiviert den Streit um Grundlagen (Gebh/Seitz 2024: 9).

Das postfundamentalistische Verständnis auf die radikale Demokratietheorie angewandt bedeutet also, die Hervorhebung des Streits um Gründe bei gleichzeitiger Akzeptanz von Grundlosigkeit. Eine vollständige Auflösung aller Konflikte würde das Wesen der Demokratie negieren (Vasilache 2020: 496).

Vor diesem Hintergrund vertreten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe die These, dass die Politik ein permanenter Kampf um Hegemonie ist. Politisches Handeln ist demnach stets mit dem Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Gruppen verbunden. Die Vorstellung eines allumfassenden Konsenses ist nicht nur unrealistisch, sondern auch problematisch, da sie notwendige politische Auseinandersetzungen unterdrückt. Dissens und Konflikt sind zentrale und unvermeidbare Bestandteile sozialer Strukturen, was sich im Antagonismus ausdrückt: „Diese ‚Erfahrung‘ der Grenze aller Objektivität hat eine präzise Form diskursiver Präsenz –

den Antagonismus“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 158). In diesem Verständnis sind Dissens und Konflikt keine Störungen, sondern essenzielle Merkmale des sozialen Lebens (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 158). Eine demokratische Gesellschaft sollte daher nicht versuchen, Konflikte zu eliminieren, sondern sie in produktive Bahnen lenken. In diesem Sinne werden politische Ordnungen in radikalen Demokratietheorien als kontingente Konstruktionen begriffen; sie schließen sich damit der „postfundamentalistischen Kontingenzthese“ (Gebh/Seitz 2024: 12) an.

Auch Jacques Rancière schreibt in seinem Werk *Das Unvernehmen* von der Bedeutung der Kontingenz für die gesellschaftliche Ordnung:

Die Grundlegung der Politik ist tatsächlich um nichts mehr Konvention als Natur: sie ist die Abwesenheit eines Grundes, die reine Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung. Es gibt Politik einfach deshalb, weil keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht (Rancière 2022 [2002]: 28).

Nach Rancière sind also nicht nur politische Systeme kontingent, sondern Politik überhaupt. Eine politische Ordnung ist zwar auf historische Entwicklungen zurückzuführen, jedoch nicht auf einen letzten „naturgegebenen“ oder „göttlichen“ Grund. Durch diese Annahme wird die Notwendigkeit verschärft, gesellschaftliche Verhältnisse aktiv zu gestalten, wodurch erst die Grundlage für eine wirklich demokratische Gestaltung der Welt geschaffen wird. Gerade durch das Fehlen unumstößlicher („natürlicher“, religiöser, wissenschaftlicher, etc.) Gründe können die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch sein (Flügel-Martinsen 2020: 61).

Vor dem Hintergrund der Kontingenz sozialer Ordnungen zeigt Claude Lefort auf, wie diese die Struktur von Machtverhältnissen in der modernen Demokratie prägt:

Von allen Regimes, die wir kennen, ist sie [die moderne Demokratie] das einzige, in dem eine Repräsentation der Macht eingerichtet ist, die sinnfällig bestätigt, daß sie ein *leerer Ort* ist, und die so den Abstand zwischen Symbolischem und Realem wahrt. Dies verdankt sich einem Diskurs, aus dem hervorgeht, daß diejenigen, die sie ausüben, sie nicht inne-haben, besser noch, sie nicht verkörpern, daß diese Ausübung einen periodisch wiederkehrenden Wettbewerb erfordert, daß die Autorität, der die Macht obliegt, als Folge eines Ausdrucks des Volkswillens erzeugt und immer wieder neu erzeugt wird (Lefort 1999: 49f.).

Lefort beschreibt hier ein zentrales Merkmal der modernen Demokratie: die Trennung von Macht und Herrschenden. In früheren Herrschaftssystemen wurde die Macht direkt mit einer Person oder einer Gruppe verbunden, die sie verkörperte. In der modernen Demokratie hingegen bleibt der „Ort der Macht“ symbolisch leer. Stattdessen werden gewählte Vertreter*innen dort nur vorübergehend akzeptiert und müssen sich regelmäßig Wahlen stellen. Dadurch wird der Abstand zwischen dem Symbolischen und dem Realen gewahrt. Die Autorität entsteht nicht durch eine feste Zugehörigkeit, sondern wird immer wieder durch den Volkswillen neu legitimiert. Im Zuge dessen wird die Kontingenz der gesellschaftlichen Ordnung stets bekräftigt, sodass diese ständig neu konstituiert werden. Demokratie wird so als ein dynamischer, sich kontinuierlich verändernder Prozess verstanden, der auf der immer wiederholenden Aushandlung und Neuverhandlung von politischer Legitimität basiert.

2.1 Politische Subjektivierung

2.1.1 Politische Subjektivierung nach Laclau und Mouffe

Die politischen Theoretiker*innen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe grenzen sich in ihrem Werk *Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus* von 1985 von der traditionellen Annahme ab, nach der das Subjekt ein rationaler, autonomer Träger von Interessen ist, das unabhängig von sozialen Kontexten existiert. Statt von einem ursprünglichen oder transzendentalen Subjekt auszugehen, sprechen sie von *Subjektpositionen*:

Subjekte können demgemäß [im Sinne von Subjektpositionen] nicht der Ursprung sozialer Verhältnisse sein, [...] weil jegliche ‚Erfahrung‘ von präzisen diskursiven Bedingungen ihrer Möglichkeit abhängt (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 150).

Subjekte werden nach Laclau und Mouffe also nicht essenzialistisch gedacht und sind nicht festgelegt, sondern entstehen innerhalb von diskursiven Strukturen. Einen besonderen Fokus legen sie dabei auf das Verhältnis zwischen Subjektpositionen, die nicht „in einem geschlossenen System von Differenzen fixiert werden“ können (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 150). Laclau und Mouffe argumentieren, dass transzendente Kategorien von Subjekten historisch nicht begründbar sind.

Dies zeigen sie am Beispiel des Humanismus, sowie dem Feminismus, indem sie dessen ursprüngliches „Subjekt“ thematisieren:

Wird erst einmal bestritten, dass es einen einfachen Mechanismus von Frauenunterdrückung gibt, eröffnet sich für feministische Politik ein immenses Aktionsfeld. Von da an kann man die Bedeutung punktueller Kämpfe gegen jede unterdrückende Form der Konstruktion von Geschlechter-Differenzen verstehen, sei es auf dem Gebiet des Rechts, der Familie, der Sozialpolitik oder der vielfältigen kulturellen Formen, durch die die Kategorie ‚des Weiblichen‘ beständig produziert wird (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 152).

In diesem Sinne kritisieren Laclau und Mouffe auch den Marxismus, mit dem das essenzialistische Denken einer Arbeiterklasse einhergeht. Daraus folgte im nächsten Schritt eine Partei, die eine vermeintliche Klasse als abstrakte Kategorie und deren historische Interessen vertritt, und nicht den Arbeiter als sozialen Agenten repräsentiert (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 154f.). Der Diskurs der „historischen Interessen“ wiederum bedeutet für Laclau und Mouffe „nichts anderes als die *hegemoniale* Einbindung bestimmter Forderungen. [...] Die politische Praxis konstruiert die Interessen, die sie repräsentiert“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 156). Allerdings bezeichnen Laclau und Mouffe Subjektpositionen auch nicht als gänzlich voneinander getrennt: Stattdessen sind diese, laut den Autor*innen, überdeterminiert. Dies bedeutet, dass Subjektpositionen aus einem unendlichen Netz von Verweisungen auf andere Elemente bestehen und keine Totalität bilden: Das „Spiel der Überdeterminierung“, führt schließlich dazu, dass zwischen scheinbaren Totalitäten (wie Objektivismus und Subjektivismus) der „Horizont einer unmöglichen Totalität“ aufscheint, was die hegemoniale Artikulation möglich macht (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 157).

2.1.2 Politische Subjektivierung nach Rancière

Für Jacques Rancière findet politische Subjektivierung nicht in einer stabilen, vorgegebenen Ordnung, sondern im kontinuierlichen Streit um die *Aufteilung des Sinnlichen*, also um die Frage, wie der öffentliche Raum der Politik gestaltet wird und welche Formen des Handelns und Sprechens darin Platz finden, statt (Rancière 2018: 35f.). Subjekte werden nach Rancière damit nicht aus dem Nichts erschaffen.

Er schreibt:

Eine Subjektivierungsweise erschafft nicht Subjekte ex nihilo. Sie erschafft diese, indem sie Identitäten, die durch die natürliche Ordnung der Verteilung der Funktionen und Plätze bestimmt sind, in Einrichtungen einer Streiterfahrung umformt (Rancière 2022 [2002]: 47).

Rancière beschreibt politische Subjektivierung außerdem als eine „Ent-Identifizierung, das Losreißen von einem natürlichen Platz“ (Rancière 2022 [2002]: 48), der einem in der bestehenden Ordnung zugewiesen wurde. Durch diese Neuordnung wird ein Raum geschaffen, in dem sich Subjekte neu konstituieren können. Es ist die „Eröffnung eines Subjektraums, in dem sich jeder dazuzählen kann“ (Rancière 2022 [2002]: 48). Der Akt der politischen Subjektivierung, in dem Individuen oder Gruppen sich gegen die vorgegebene Ordnung auflehnen, eröffnet neue Möglichkeiten der politischen Teilnahme und schafft alternative Formen des Handelns. Rancière charakterisiert politische Subjektivierung als den Prozess, bei dem Subjekte öffentlich und sichtbar in Widerstand treten. Dieser *Dissens* ist das zentrale Moment der Politik, da er nicht nur eine Weigerung darstellt, sich in bestehende Identitätskategorien einfügen zu lassen, sondern die bestehende Ordnung auch aktiv herausfordert (Rancière 2017: 483).

Die politische Subjektivierung schafft dabei eine *Bühne*, auf der die bestehenden sozialen und politischen Hierarchien verhandelt werden:

Eine politische Subjektivierung ordnet das Erfahrungsfeld neu, das jedem seine Identität mit seinem Anteil gab. Sie löst und stellt die Verhältnisse zwischen den Weisen des *Tuns*, den Weisen des *Seins* und den Weisen des *Sagens* neu zusammen, die die sinnliche Organisation der Gemeinschaft, die Verhältnisse zwischen den Räumen, wo man eines macht, und denen, wo man anderes macht, die an dieses *Tun* geknüpften Fähigkeiten und jene, die für ein anderes benötigt werden, bestimmen. [...] Politische Subjektivierung ist die Fähigkeit, diese polemischen Bühnen diese paradoxen Bühnen zu erzeugen, die den Widerspruch zweier Logiken sichtbar machen, indem sie Existenzen aufstellt, die gleichzeitig Nicht-Existenzen sind, oder Nicht-Existenzen, die gleichzeitig Existenzen sind (Rancière 2022 [2002]: 52).

Auch die „Identifizierung“ spielt bei Rancière im Kontext der politischen Subjektivierung eine wichtige Rolle. Sie bezeichnet den Prozess, der Einzelpersonen bestimmte gesellschaftliche Identitäten zuweist. Diese Identitäten sind stets mit bestimmten Rechten, Pflichten sowie

spezifischen Handlungsmöglichkeiten und Beschränkungen verknüpft. Die „Identifizierung“ wird von Rancière als Bestandteil der *polizeilichen Ordnung* verstanden, die darauf abzielt, Identitäten zu verwalten und zu organisieren (Rancière 2022 [2002]: 52).

Besonders treffend fasst Fancesca Raimondi Rancières Ausführungen zur Identifizierung, zur Polizei und zur politischen Subjektivierung zusammen und zeigt ihr Verhältnis zueinander auf:

Als ‚Identifizierung‘ bezeichnet er [Rancière] jenen Vorgang, mit dem ein Individuum eine bestimmte Identität in der Gesellschaft erwirbt: als Frau, als Arbeiter, als weißer Mann et cetera. Diese Identifizierung ist mit spezifischen Sprech- und Handlungsmöglichkeiten sowie mit bestimmten Interessen, Rechten und Pflichten versehen. ‚Polizei‘ nennt Rancière jenes Verständnis und Vollzug von Politik, das sich der Verwaltung und Optimierung dieser angeblich feststehenden Identitäten verschreibt [...]. ‚Subjektivierung‘ geschieht für Rancière dagegen dort, wo sozial unterdrückte Identitäten sich im Namen einer allgemeinen oder anderen [...] Gleichheit gegen die sie bestimmenden diskriminierenden Handlungsmöglichkeiten auflehnen. Diesem Vorgang reserviert Rancière den Namen ‚Politik‘. Subjektivierung ist für ihn entsprechend auch nur der Akt, mit dem eine Gruppe eine neue politische Handlungsfähigkeit erkämpft (und sich der externen Normierung oder Identifizierung entzieht). Dieser Akt beruht für Rancière zunächst auf der ‚Fähigkeit zur Inszenierung von [...] Dissensen‘ und der ‚Ausstellung eines Unrechts‘ (Raimondi 2020: 630).

Rancière beschreibt politische Subjektivierung also als einen Prozess, indem gegen die Zuweisung von Identitäten und die damit einhergehenden Plätze innerhalb der Gesellschaft rebelliert wird, was in Folge dessen eine neue Handlungsmacht ermöglicht. Während es Rancière bei der politischen Subjektivierung vor allem um den Aspekt der Gleichheit geht, stellen Laclau und Mouffe die diskursive Konstruktion von Subjekten durch hegemoniale Artikulation ins Zentrum. Beide Ansätze kritisieren liberale Konsensmodelle und betonen die Notwendigkeit von Kontingenz, Antiessenzialismus und Konflikt.

2.2 Demokratieverständnis

2.2.1 Demokratieverständnis nach Laclau und Mouffe

In ihrem Werk *Hegemonie und radikale Demokratie* entwickeln Laclau und Mouffe eine Theorie radikaler Demokratie für eine neue Linke. Dafür äußern sie Kritik an der damals

aktuellen Linken der achtziger Jahre und am Marxismus generell. Sie argumentieren gegen eine essenzialistische Sichtweise von Gesellschaft, sowie dem mangelnden Verständnis für sich wandelnde Diskurse. Ebenso kritisieren sie das Reduzieren politischer Handlungen auf Klassenpolitik und eine damit einhergehende Vernachlässigung anderer Kämpfe:

Unter dem Gesichtspunkt der Bestimmung der grundlegenden Antagonismen war, wie wir gesehen haben, das wesentliche Hindernis der Klassismus, das heißt die Vorstellung, dass die Arbeiterklasse den privilegierten Akteur darstellt, bei dem die Haupttriebkraft sozialer Veränderung liegt – ohne wahrzunehmen, dass gerade die Orientierung der Arbeiterklasse von einem politischen Kräftegleichgewicht und von der Radikalisierung einer Pluralität demokratischer Kämpfe abhängt, die zum großen Teil außerhalb der Klasse selbst entschieden werden (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 215).

Als weiteres Problem linker Politik betrachten Laclau und Mouffe den Etatismus; also den Glauben, dass der Staat allein alle relevanten Probleme der Gesellschaft lösen könne, sowie den Ökonomismus, nach dem mit der Veränderung ökonomischer Verhältnisse automatisch eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse und damit Emanzipation folgt. Laut Laclau und Mouffe hat sich jedoch gezeigt, dass, beispielsweise eine Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt nicht automatisch eine Gleichstellung auf anderen gesellschaftlichen Ebenen hervorbringt (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 215).

Im Sinne der Kritik an linker Theorie gehen Laclau und Mouffe auch auf die Problematisierung des Begriffs der Revolution ein: Die Revolution geht nicht nur mit dem Umsturz eines unterdrückenden Systems einher, sondern auch mit der Vorstellung einer *Neukonzentration von Macht*, von der aus „die Gesellschaft ‚rational‘ reorganisiert werden könnte“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 216). Die radikale Demokratie unterliegt laut den Autor*innen in ihren Grundwerten einer grundsätzlichen Offenheit und Pluralität, was mit einer Revolution nicht vereinbar ist, da diese auf einen zentralen Punkt der Machtkonzentration abzielt. Radikale Demokratie hat zudem immer auch eine sozialistische Dimension, da kapitalistische Produktionsverhältnisse für zahlreiche Unterordnungsverhältnisse verantwortlich sind und deshalb überwunden werden müssen. Sozialismus ist jedoch nur ein Teilaspekt und nicht das Ziel radikaler Demokratie (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 216).

Im Zusammenhang mit der Kritik an altlinken Positionen aus radikaldemokratischer Sicht formulieren Laclau und Mouffe drei Fragen:

Erstens: Wie bestimmen wir die Oberflächen des Auftauchens und die Artikulationsformen der Antagonismen, die ein Projekt radikaler Demokratie umfassen sollte? Zweitens: Bis zu welchem Grad ist der Pluralismus, der einer radikalen Demokratie entspricht, mit den Äquivalenzeffekten vereinbar, die, wie wir gesehen haben, für jede hegemoniale Artikulation charakteristisch sind? Drittens: Inwiefern ist die in den Verschiebungen des demokratischen Imaginären eingeschriebene Logik hinreichend, um ein hegemoniales Projekt zu definieren (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 217)?

Es geht Laclau und Mouffe also darum, wie und wo Streitpunkte, die eine radikale Demokratie umfassen, formuliert werden, inwiefern Pluralismus und Äquivalenzeffekte sich ausschließen bzw. miteinander vereinbar sind und in welchem Maß in einer pluralistischen Demokratie ein hegemoniales Projekt formuliert werden kann. Im Folgenden werden die Antworten von Laclau und Mouffe auf diese Fragen nachgezeichnet.

Artikulation von Antagonismen und Oberflächen des Auftauchens in der radikalen Demokratie

Laclau und Mouffe argumentieren, dass es nicht möglich ist, a priori „Oberflächen“ zu bestimmen, auf denen Antagonismen gebildet werden. Deswegen gibt es nicht *eine* linke Politik, „deren *Inhalte* isoliert von aller kontextuellen Referenz bestimmt werden können“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 217). Dies verdeutlicht beispielsweise die Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft:

Es hätte den Anschein, als wäre jede Herrschaftsform im Staat verkörpert. Aber es ist klar, dass die Zivilgesellschaft ebenso der Sitz zahlreicher Unterdrückungsverhältnisse und infolgedessen von Antagonismen und demokratischen Kämpfen ist.[...] Der Staat ist ferner kein homogenes Medium, das von der Zivilgesellschaft durch einen Graben getrennt ist, sondern eine Ansammlung ungleicher Abteilungen und Funktionen, die durch die hegemonialen Praxen, die darin vollzogen werden, nur eine relative Einheit erlangt. [...] [Es ist] offensichtlich unmöglich, *a priori* entweder den Staat oder die Zivilgesellschaft als *die* Oberflächen des Auftauchens demokratischer Antagonismen zu identifizieren (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 218f.).

Jene Oberflächen des Auftauchens, also Orte, wo Antagonismen in Erscheinung treten, sind also ständig von anderen Einflüssen betroffen. Folglich gibt es keine starre Systematik sozialer Logiken (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 219).

Vereinbarkeit von Pluralismus und Äquivalenzeffekten in einer radikalen Demokratie

Laclau und Mouffe beobachten eine „Vermehrung politischer Räume“ und eine zunehmend radikale Politisierung der Gesellschaft, indem das Öffentliche und das Private nicht mehr voneinander getrennt werden. Damit geht das Konzept der *Pluralität des Subjekts* einher, deren Verschiedenheit man nur gerecht werden kann, wenn das Subjekt nicht mehr als ein „einheitliches Wesen“ gedacht wird (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 220). Dies führt sie zu der Frage, ob die Pluralität des Politischen im Konflikt mit der Logik der Äquivalenz steht.

Antagonismen entstehen laut Laclau und Mouffe nicht nur in dem ihn konstituierenden dichotomisch aufgeteilten Raum, sondern genauso auch innerhalb eines vielfältigen sozialen Feldes:

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass, insofern als der Antagonismus nicht nur in dem ihn konstituierenden dichotomisierten Raum entsteht, sondern in gleichem Maße auch auf dem Gebiet einer Pluralität des Sozialen, die diesen Raum immer überflutet, die Identität der beiden Pole des Antagonismus nur dadurch konsolidiert wird, dass er aus sich herausgeht und äußerliche Elemente hegemonisiert. Die Verstärkung bestimmter demokratischer Kämpfe erfordert deshalb die Ausdehnung von Äquivalenzketten hin zu anderen Kämpfen (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 220f.).

Bestimmte demokratische Kämpfe verstärken sich somit gegenseitig, wenn sie miteinander verbunden werden. Dabei verstehen sie sich als Ausdruck eines gemeinsamen, übergeordneten Problems, wie es beispielsweise Ungleichheit oder Unterdrückung darstellt. Die Verbindung erfordert jedoch eine hegemoniale Konstruktion. In letzter Konsequenz bedeutet dies die Auflösung der Autonomie der Räume, in denen einzelne Kämpfe konstituiert sind – weil sie „alle äquivalentielle Symbole eines einheitlichen und unteilbaren Kampfes geworden sind“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 221).

Die Logik der Äquivalenz bedeutet also, dass die jeweils einzelnen Kämpfe ihre Autonomie verlieren. Dieser *Logik der Äquivalenz* steht die *Logik der Autonomie* gegenüber, nach der jeder Kampf seine differenzielle Besonderheit beibehält; die jeweiligen politischen Räume kommunizieren demnach nicht miteinander.

Beide Konzepte führen zu einer geschlossenen Totalität:

In beiden Fällen jedoch haben wir es mit Diskursen zu tun, die das Soziale mittels ihrer Kategorien als eine Totalität zu beherrschen versuchen. In beiden Fällen hört das Moment der *Totalität* deshalb auf, ein *Horizont* zu sein und wird zu einer *Grundlage*. Nur in diesem rationalen und homogenen Raum widersprechen sich die Logik der Äquivalenz und die Logik der Autonomie, weil nur dort soziale Identitäten als *bereits* erworben und fixiert dargestellt werden und deshalb finden nur hier zwei sich *letztlich* widersprechende soziale Logiken ein Terrain, auf dem sich diese *letzten* Effekte vollständig entwickeln können. Da dieser letzte Moment jedoch per definitionem niemals eintritt, verschwindet die Unvereinbarkeit zwischen Äquivalenz und Autonomie (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 221f.).

Sowohl Äquivalenz wie auch Autonomie sind damit keine Grundlagen der sozialen Ordnung mehr, sondern, wie Laclau und Mouffe betonen, soziale Logiken. Diese wiederum intervenieren in verschiedenem Maße in die Konstitution sozialer Identitäten und beschränken ihre wechselseitigen Effekte. Aus dieser Erkenntnis leiten Laclau und Mouffe die intellektuelle oder politische Weigerung ab, jede vorausgesetzte „letzte Grundlage“ des Sozialen zu beherrschen, was sie als eine grundlegende Voraussetzung für eine radikal libertäre Konzeption von Politik bezeichnen (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 222).

Die Transformation von Grundlagen in soziale Logiken zeigt die Bedeutung und Grenzen dessen, was laut Laclau und Mouffe mit dem *Prinzip der demokratischen Äquivalenz* einhergeht. Diese bedeutet die Konstruktion eines gemeinsamen Verständnisses, welches die Identität verschiedener Gruppen so transformiert, dass Forderungen äquivalent artikuliert werden. Äquivalenz ist demnach laut Laclau und Mouffe nur insofern hegemonial, als dass nicht bloße Allianzen von Interessen gebildet werden, sondern „die Identität der in dieser Allianz engagierten Kräfte modifiziert“ werden (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 222). Diese Äquivalenz ist jedoch aufgrund der Ungleichheit des Gesellschaftlichen nie vollständig. Deshalb muss sie durch die Logik der Autonomie ergänzt und begrenzt werden: Nur im

Zusammenspiel von Gleichheit und Freiheit wird eine radikale, plurale Demokratie möglich, wie Laclau und Mouffe am Beispiel der Arbeiterinteressen in Verbindung mit Frauen-, Immigranten- und Konsumentenrechten zeigen:

Damit die Verteidigung von Arbeiterinteressen nicht auf Kosten von Frauen-, Immigranten- oder Konsumentenrechten geht, ist es notwendig, zwischen diesen verschiedenen Kämpfen eine Äquivalenz zu bilden. Nur unter dieser Bedingung werden Kämpfe gegen die Macht wirklich demokratisch und werden Forderungen nach Rechten nicht auf der Basis einer individualistischen Problematik vorgebracht, sondern mit Respekt gegenüber den Gleichheitsrechten anderer untergeordneter Gruppen. Wenn das aber die Bedeutung des Prinzips der demokratischen Äquivalenz ist, so sind seine Grenzen ebenfalls klar. Diese totale Äquivalenz existiert niemals – jede Äquivalenz wird von einer konstitutiven Unsicherheit durchdrungen, die von der Ungleichheit des Gesellschaftlichen herrührt. Insofern erfordert die Unsicherheit jeder Äquivalenz, dass sie durch die Logik der Autonomie ergänzt/begrenzt wird. Aus ebendiesem Grund reicht die Forderung nach *Gleichheit* nicht aus, sondern muss durch die Forderung nach *Freiheit* ausgeglichen werden, damit wir von einer radikalen und *pluralen* Demokratie sprechen können (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 222f.).

Würde lediglich nach Gleichheit gestrebt werden, würde dies einen „Raum von Gleichheit auf der Basis unbegrenzter Wirksamkeit der Äquivalenzlogik konstituieren und das irreduzible Moment der Pluralität von Räumen nicht anerkennen“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 223). Laclau und Mouffe stimmen in diesem Sinne der Logik des Liberalismus als ethischem Prinzip (nicht etwa als bourgeois Individualismus) zu, nach der die Freiheit zur Verwirklichung menschlicher Fähigkeiten verteidigt wird. Mit diesem Prinzip, das sich als Basis der Forderung nach Freiheit aus der Trennung von Räumen ergibt, kann sich eine plurale Demokratie verbinden. Laclau und Mouffe plädieren auch deshalb für die Aufhebung der Dichotomie Individuum/Gesellschaft auf Grundlage des Problems der Rechte. Diese können laut Laclau und Mouffe nur im Kontext von sozialen Verhältnissen festgelegt werden, welche wiederum bestimmte Subjektpositionen definieren. „Demokratische Rechte“ bedeuten demnach Rechte, „die nur kollektiv wahrgenommen werden können, und die Existenz gleicher Rechte für andere voraussetzen“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 223).

Außerdem argumentieren Laclau und Mouffe, dass die Konstruktion eines politischen Raumes mit Äquivalenzeffekten mit dem demokratischen Kampf vereinbar ist und in vielen Fällen sogar

dessen Bedingung darstellt, insofern er nicht als *einzig* politischer Raum betrachtet wird, der alle anderen unterordnet und organisiert (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 225). Laclau und Mouffe schreiben weiter von der historischen Entwicklung radikaldemokratischer Logik. In Anlehnung an Claude Lefort formulieren sie, wie die „demokratische Revolution“ die Institution des Sozialen neu denken musste. Während in früheren Gesellschaftsformen Eliten (konkret: Fürsten) als von Gott eingesetzt betrachtet wurden, wird in demokratischen Gesellschaften, „der Ort der Macht zu einer Leerstelle“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 226). Macht, Recht und Wissen werden durch die demokratische Revolution als Instanzen voneinander getrennt, ihre Grundlagen sind nicht mehr gesichert, wodurch sich die Möglichkeit „eines unendlichen Prozesses der Infragestellung“ ergibt: Totalitarismus bedeutet in dieser Gesellschaft der Versuch, die Einheit zwischen Macht, Recht und Wissen durch eine*e angebliche*n Repräsentant*in eines „*einheitlichen* Volkes“ wiederherzustellen (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 226). Diese Analyse verbinden Laclau und Mouffe mit dem Feld hegemonialer Praxen:

Weil es keine gesicherten Grundlagen, die aus einer transzendenten Ordnung hervorgehen, und kein Zentrum mehr gibt, das Macht, Recht und Wissen zusammenbindet, wird es möglich und notwendig, bestimmte politische Räume durch hegemoniale Artikulationen zu vereinheitlichen. Diese Artikulationen werden jedoch, da es keinen höchsten Garanten mehr gibt, immer partiell und umkämpft sein. Jeder Versuch, eine endgültige Naht zu etablieren und den radikal offenen Charakter des Sozialen zu verneinen, den die Logik der Demokratie einrichtet, führt zu dem, was Lefort als „Totalitarismus“ bezeichnet, zu einer Logik der Konstruktion des Politischen, die darin besteht, einen Ausgangspunkt zu setzen, von dem aus Gesellschaft vollkommen gemeistert und gewusst werden kann (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 226f.).

Der Totalitarismus als *politische Logik* hängt nach Laclau und Mouffe keiner spezifischen politischen Orientierung zusammen. In jedem Fall aber kontrolliert der Staat alle Netze der Soziabilität und wird „zum alleinigen Besitzer der Wahrheit der sozialen Ordnung“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 227). Demokratie wird demnach sowohl von der Verneinung der Pluralität, als auch auf eine fehlende Bezugnahme auf diese, gefährdet. Pluralität bleibt laut Laclau und Mouffe demnach ein notwendiger *Horizont*, „der unter der Voraussetzung der Abwesenheit einer Artikulation zwischen sozialen Verhältnissen notwendig ist, um eine Implosion des Sozialen und eine Abwesenheit jeglichen gemeinsamen Referenzpunktes zu verhindern“, wodurch das Politische – ohne den Totalitarismus, dafür mit der fehlenden

Etablierung von Bedeutungen, „auf die sich die verschiedenen sozialen Subjekte beziehen“ – verschwindet (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 227). Demokratie muss demnach die Vielfalt sozialer Logiken, sowie die Notwendigkeit ihrer Artikulation, die immer neu geschaffen und ausgehandelt werden muss, erfahrbar machen. Zwischen der Logik völliger Identität und reiner Differenz gibt es „keinen Schlusspunkt, an dem ein für allemal ein Gleichgewicht erreicht sein wird“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 227).

Das Verhältnis zwischen demokratischer Logik und hegemonialen Projekt

Aus den bisher getätigten Ausführungen schließen Laclau und Mouffe, dass die Logik der Demokratie keine der Positivität des Sozialen ist und somit weder für die Formulierung eines hegemonialen Projekts ausreicht, noch einen Knotenpunkt begründen kann, „um den herum die soziale Struktur rekonstituiert werden kann“. Ein hegemoniales Projekt beruht so nicht nur auf einer demokratischen Logik, „sondern muss auch aus einer Reihe von Vorschlägen für die positive Organisation des Sozialen bestehen“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 228). Damit untergeordnete Gruppen zu hegemonialem Handeln fähig sind, dürfen sie Forderungen nicht nur rein negativ formulieren, sondern müssen diese mit einem lebensfähigen Projekt verknüpfen, das einzelne Gesellschaftsbereiche neu ordnen kann. In diesem Zusammenhang schreiben Laclau und Mouffe über die „Strategie der Opposition“ und die „Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 228). Unter einer Strategie der Opposition verstehen Laclau und Mouffe das reine Negieren einer sozialen oder politischen Ordnung ohne die Erzeugung von Knotenpunkten, die soziale Strukturen prägen könnten. Diese Strategie ist deshalb laut Laclau und Mouffe zum Scheitern verurteilt. Die Strategie der Konstruktion versucht, wie der Name bereits verrät, positiv auf die Sozialität zu wirken, was jedoch ein instabiles Gleichgewicht sowie „eine beständige Spannung mit der subversiven Logik der Demokratie“ erzeugt (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 228f). Die Strategie der Opposition führt folglich zu einer organischen Krise, weil sie zur Auflösung stabiler Systeme von Differenzen führt, während die Verwaltung der Positivität des Sozialen sowie die jeweiligen demokratischen Forderungen in einer hegemonialen Situation ein Höchstmaß an Integration erreicht hätte. Daraus schließen Laclau und Mouffe, inwiefern die radikale Demokratie eine Alternative für die Linke sein könne. Dies sei möglich, wenn ein Ort des Gleichgewichts „zwischen einem maximalen Voranbringen der demokratischen Revolution in

möglichst vielen Bereichen“, sowie „der Fähigkeit zur hegemonialen Führung und zur positiven Rekonstruktion dieser Bereiche seitens der untergeordneten Gruppen“ gefunden werden würde: „Jede hegemoniale Position beruht deshalb auf einem instabilen Gleichgewicht: Die Konstruktion geht von der Negativität aus, ist aber nur in dem Maße konsolidiert, wie es ihr gelingt, die Positivität des Sozialen zu konstituieren“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 229). Plurale soziale Logiken wiederum erfordern laut Laclau und Mouffe auch eine Pluralität von Räumen, in welchen jene konstituiert werden können. Hierbei solle weder in einen Utopismus verfallen werden, nach dem die Vielfalt von Räumen ignoriert wird, noch in einen Apolitizismus aufgrund des begrenzten Charakters von erwirkter Veränderung im Politischen. Das Feld des Politischen, so Laclau und Mouffe, dürfe auf keinen Fall nur gegenwärtig ausgelöste Veränderung gutheißen und dabei die Verwaltung der sozialen Positivität begrenzen. Sie sprechen deshalb von der „Verweltlichung der Politik“, welche die Existenz von Utopien bedroht:

Aber ohne Utopie, ohne die Möglichkeit, eine Ordnung über den Punkt hinaus zu verneinen, bis zu dem wir ihr gefährlich werden können, besteht keine Möglichkeit, ein radikales Imaginäres – sei es demokratischer oder anderer Art – zu konstruieren. Die Präsenz dieses Imaginären als eines Sets symbolischer Bedeutungen, die eine bestimmte soziale Ordnung als Negativität zusammenfassen, ist für die Konstitution jeden linken Denkens absolut wesentlich (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 230).

Die Spannung zwischen dem Imaginären und der Verwaltung sozialer Positivität, die mit hegemonialen Formen von Politik einhergeht sollte, muss nach Laclau und Mouffe „behauptet und verteidigt werden“: Dabei sollten hinsichtlich radikaldemokratischer Politik Extreme vermieden werden, was sowohl den „totalitären Mythos eines idealen Staats“, als auch den „positivistischen Pragmatismus der Reformisten ohne Projekt“ miteinschließt (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 230). Stattdessen, so die Autor*innen, sollten sich Projekte radikaler Demokratie vornehmen, „dieses Moment der Spannung, der Offenheit, das dem Gesellschaftlichen seinen grundlegend unvollständigen und prekären Charakter gibt, zu institutionalisieren“, schließlich unterscheide sich die institutionelle Verschiedenheit und Komplexität einer demokratischen Gesellschaft und die Verschiedenheit der Funktionen, die einem komplexen bürokratischen System angemessen sind (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 230).

Laclau und Mouffe argumentieren weiter, dass sich in der radikalen Demokratie und dem ihm inhärenten Pluralismus *Verschiedenartigkeit* zu *Verschiedenheit* transformiert hat. Das bedeutet, dass die jeweiligen Ebenen und Elemente nicht mehr als transzendente Totalität wahrgenommen werden:

Durch den irreduziblen Charakter dieser Verschiedenheit und Pluralität konstruiert die Gesellschaft ihre eigene Gestalt und die Verwaltung ihrer eigenen Unmöglichkeit. Der Kompromiss, der prekäre Charakter jeder Anordnung sowie der Antagonismus sind die primären Wirklichkeiten, während das Moment der Positivität und seine Verwaltung nur innerhalb dieser Instabilität stattfinden. Ein Projekt radikaler Demokratie voranzutreiben, bedeutet deshalb, den Mythos einer rationalen und transparenten Gesellschaft dazu zu zwingen, sich nach und nach an den Horizont des Sozialen zurückzuziehen. Dieser wird so ein ‚Un-Ort‘, das Symbol seiner eigenen Unmöglichkeit (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 231).

Mit dieser Formulierung spielen Laclau und Mouffe auf ein weiteres utopisches Element der radikalen Demokratie an, das die Möglichkeit eines einheitlichen Diskurses der Linken verneint. Schließlich können die Subjektpositionen und die jeweiligen Antagonismen in ihrer Verschiedenheit nicht auf einen sie verbindenden Punkt zurückgeführt werden: „Diskursive *Diskontinuität* wird primär und konstitutiv“ (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 231). Der Diskurs selbst ist damit nicht mehr, wie der des Sozialismus, einer von universalen Klassen, Subjekten oder ähnlichen Kategorien, weil unterschiedliche, irreduzible diskursive Identitäten diese ersetzt haben. Laclau und Mouffe halten dennoch fest:

Es gibt keine radikale und plurale Demokratie ohne den Verzicht auf den Diskurs des Universalen und seiner impliziten Behauptung eines privilegierten Zugangspunktes zu ‚der Wahrheit‘, die nur von einer begrenzten Zahl von Subjekten erreicht werden kann. Politisch heißt dies, dass es ebenso, wie es keine Oberflächen gibt, die *a priori* für das Auftauchen von Antagonismen privilegiert sind, auch keine diskursiven Regionen gibt, die das Programm einer radikalen Demokratie *a priori* als mögliche Kampfbereiche ausschließen sollte (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 231).

Laclau und Mouffe schlussfolgern daraus, dass sowohl Rechtsinstitutionen, wie auch das Erziehungssystem, Arbeitsbeziehungen oder selbst Diskurse des Widerstands randständiger Gruppen „eigenständige und irreduzible Formen sozialen Protests“ erzeugen und dadurch

allesamt zur diskursiven Komplexität und Reichhaltigkeit beitragen, auf die sich das Programm einer radikalen Demokratie stützen sollte (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 232).

2.2.2 Demokratieverständnis nach Rancière

In *Zehn Thesen der Politik* von 1998 schreibt Rancière über sein Verständnis von Demokratie, das in engem Verhältnis zu seinem Verständnis von Politik steht:

Die Demokratie ist keine politische Herrschaftsform. Sie ist – als Bruch mit der Logik der archē, das heißt als Bruch mit der Vorwegnahme des Herrschens in der Begabung zum Herrschen – gerade das Regime der Politik als einer Beziehungsform, die ein spezifisches Subjekt definiert. [...] Die Demokratie ist die Einsetzung der Politik selbst (Rancière 2018 [1998]: 19f.).

In *Das Unvernehmen* tritt Rancière für eine politische Praxis ein, welche die „polizeiliche Ordnung“ (Rancière 2022 [2002]: 41) durchbricht bzw. stört. Weiter ist Demokratie ein *Bruch* mit der Annahme, dass manche Menschen „von Natur aus“ besser zum Herrschen geeignet sind und unterliegt damit der Vorstellung einer *radikalen Gleichheit* (Rancière 2018 [1998]: 19ff.).

Das Demokratieverständnis von Rancière steht außerdem in engem Zusammenhang mit seinen Begriffen der *Politik* und der *Polizei*, sowie ihrem Verhältnis zueinander, anhand dessen gesellschaftliche Hierarchien sichtbar werden.

Rancière schreibt:

Allgemein benennt man mit dem Namen der Politik die Gesamtheit der Vorgänge, durch welche sich die Vereinigung und die Übereinstimmung der Gemeinschaften, die Organisation der Mächte, die Verteilung der Plätze und Funktionen und das System der Legitimierung dieser Verteilung vollziehen. Ich schlage vor, dieser Verteilung und dem System dieser Legitimierungen einen anderen Namen zu geben. Ich schlage vor, sie *Polizei* zu nennen (Rancière 2022 [2002]: 39f.).

Polizei wird bei Rancière also nicht im traditionellen Sinne als Sicherheitsapparat verstanden, sondern als die umfassende Verwaltung und Regulierung der gesellschaftlichen Ordnung. Rancière nutzt diesen Begriff, um auf die Strukturen hinzuweisen, die das gesellschaftliche System definieren, organisieren und hierarchisieren. Diese legen fest, wer welche Rechte, Pflichten und Funktionen innehat und wie diese Aufteilung legitimiert wird. Das, was

gemeinhin als „Politik“ bezeichnet wird, ist laut Rancière in der Realität oft lediglich die Reproduktion und Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse. Er argumentiert, dass wahrer politischer Wandel, der transformative und tiefgreifende Veränderungen impliziert, nicht innerhalb des Systems der *Polizei* zu finden ist, sondern in der *Politik*, jenseits von normativen Strukturen. Weiter schreibt er über die *Polizei*:

Die Polizei ist somit zuerst eine Ordnung der Körper, die die Aufteilungen unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt, die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; sie ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm (Rancière 2022 [2002]: 41).

Die *polizeiliche Ordnung* bestimmt laut Rancière, wem welche Räume und Funktionen zugewiesen werden, wer welche Tätigkeiten ausführen darf und welche Stimmen gehört werden. Dabei unterscheidet er zwischen der *Ordnung der Körper* und der *Ordnung des Sicht- und Sagbaren*. Unter der *Ordnung der Körper* versteht er die Einteilung zu bestimmten Plätzen und Aufgaben. Sie schreibt Menschen in der Gesellschaft gewisse Rollen und Tätigkeiten zu. Diese Einteilung führt damit auch zu einer *Ordnung des Sicht- und Sagbaren*. Die *Polizei* gibt vor, welche Tätigkeiten relevant sind, sichtbar und anerkannt werden, welche unsichtbar und unwichtig sind und welche als legitime *Rede* zählen oder als bloßer *Lärm* wahrgenommen werden. Diese Ordnung nennt Rancière auch die *Aufteilung des Sinnlichen* (Rancière 2022 [2002]: 36). Die *Politik* hingegen ist für Rancière die Störung dieser *polizeilichen Ordnung*:

Ich schlage nun vor, den Namen der Politik auf genau die bestimmte Tätigkeit, die der ersten widerstreitend ist, zu beschränken: diejenige, die die sinnliche Gestaltung zerbricht, wo die Teile und die Anteile oder ihre Abwesenheit sich durch eine Annahme definieren, die darin *per definitionem* keinen Platz hat: die eines Anteils der Anteillosen. Dieser Bruch offenbart sich in einer Reihe von Taten, die den Raum neu ordnen, wo die Teile, Anteile und die Abwesenheiten der Anteile sich bestimmten. Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde (Rancière 2022 [2002]: 41).

Rancière denkt *Politik* als Praxis, welche die vorgegebene Ordnung in Frage stellt und durchbricht. Damit stellt sie auch die Verteilung der Rollen infrage und zeigt auf, was vorher unsichtbar war: der *Anteil der Anteillosen*. Dieser meint jene, welche zuvor in der bestehenden Ordnung keinen legitimen Platz hatten, nicht als politische Subjekte wahrgenommen und deren Stimmen nur als *Lärm* gehört wurden.

2.3 Verstetigung

Die Frage nach der Verstetigung politischer Ordnungen wurde lange Zeit in der radikalen Demokratietheorie vernachlässigt. Diese richtete ihre Aufmerksamkeit historisch vor allem auf Ereignisse, in denen bestehende Ordnungen aktiv in Frage gestellt oder aufgelöst wurden, wie in der Französischen Revolution oder in den Aufständen von 1968. Doch wie lassen sich radikaldemokratische Praktiken und Prozesse dauerhaft institutionalisieren, ohne ihre Offenheit und Pluralität zu verlieren? Die Antwort auf diese Frage ist nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bedeutsam, denn viele progressive Projekte scheiterten daran, dass sie keine Formen der Verstetigung entwickeln konnten. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema stellt deshalb eine notwendige Ergänzung innerhalb der radikaldemokratischen und postfundamentalistischen Theoriebildung dar (Herrmann/Flatscher 2020: 8).

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher zeigen in *Institutionen des Politischen* auf, wie eine „radikaldemokratische Ausweitung von Institutionen“ anhand von vier Prinzipien gestaltet werden kann. Diese werden im Folgenden kurz nachgezeichnet, da sie einen guten Überblick über den Prozess der Verstetigung im radikaldemokratischen Sinne bieten.

Erstens muss nach Flatscher und Herrmann Pluralität durch Institutionen ermöglicht werden, die allen Subjekten gleich zugänglich sind. Nicht nur im liberalen oder wirtschaftlichen Sinne, sondern durch aktive Maßnahmen zur Herstellung universeller Gleichheit. Die Erzeugung dieser kann auch mit einer Schlechterbehandlung von Privilegierten für eine demokratische Gleichheit miteinhergehen. Zweitens muss das Infragestellen bestehender Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen und Verfahren des Konflikts institutionalisiert werden. Dafür müssen unterschiedliche Perspektiven gehört werden, die Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Im Zuge dessen müssen Verfahren etabliert werden, die auf produktive Konflikte ausgelegt sind. Drittens muss das Prinzip der Kontingenz „durch die *Luzidität* und

den *Möglichkeitssinn* politischer Institutionen gewährleistet werden“ (Herrmann/Flatscher 2020: 19). Demokratische Institutionen sollen demnach transparent sein und Entscheidungen nicht als alternativlos handhaben, was die Imaginationskraft des Politischen wachhält. Viertens schreiben Herrmann und Flatscher vom „Prinzip der Ur-Gewalt der politischen Ordnung“, das eine „institutionelle *Selbstinfragestellung*“ benötigt (Herrmann/Flatscher 2020: 20). Demokratische Institutionen müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass jede Ordnung auf einem Ausschluss anderer Möglichkeiten beruht. Diese müssen somit ihre eigene Macht hinterfragen und nicht nur offen für Kritik zu bleiben, sondern diese auch befördern.

Im Kontext dieser Ausführungen lohnt sich weiter eine tiefere Beschäftigung mit den drei unterschiedlichen *Modellen des (Ent)Gründens*, welche die Institutionalisierung selbst teils kritisch sehen, und in *Postfundamentalismus* von Sara Gebh und Sergej Seitz systematisiert und vorgestellt werden. Im Folgenden wird auf das Modell der Entgründung, das periodische Gründen und das hegemoniale Gründen.

2.3.1 Entgründung: Störung als demokratische Praxis

Die *Politiken der Entgründung* verstehen politische Praxis vor allem als Kritik, Widerstand und Unterwanderung gegenüber bestehenden Systemen, wobei sie in erster Linie darauf abzielen, die Kontingenz gesellschaftlicher Ordnungen immer wieder aufzuzeigen und sichtbar zu machen. Vertreter*innen wie Angela Y. Davis, Jacques Rancière oder Sheldon Wolin betonen, dass politische Ordnung immer mit Ausschlüssen und Hierarchien einhergeht. Deshalb ist es laut dieser Denker*innen die Aufgabe von Politik, diese Machtverhältnisse aufzubrechen und zu stören. Das Ziel ist dabei nicht, neue Fundamente zu legen, sondern die vermeintliche Alternativlosigkeit bestehender Strukturen zu durchbrechen. Gleichzeitig lehnen diese Ansätze Institutionalisierungsprozesse grundsätzlich ab. Dies liegt in erster Linie an der Befürchtung, durch Institutionalisierung Ausschlüsse zu produzieren, die nicht mehr verändert werden können (Gebh/Seitz 2024: 99). Gleichzeitig wird die Notwendigkeit bestimmter Strukturen, Ordnungen oder Institutionen gewissermaßen anerkannt, „aber die eigentliche politische Geste ist aus dieser Sicht nicht das (sei es auch provisorische) Legen von Fundamenten, sondern das Moment der Entgründung, entweder als Abolition oder als Unterbrechung der gegebenen Ordnung“ (Gebh/Seitz 2024: 99).

Wie bereits in den vorherigen Kapiteln aufgezeigt, besteht für Rancière Demokratie und Politik nicht aus der Entstehung von Ordnungen und Strukturen, sondern in ihrer Störung. Politische Ordnungen produzieren immer Ausschlüsse, immer Menschen „ohne Anteil“. Infolgedessen lassen sich für Rancière Gleichheitsansprüche nicht verstetigen: „Die Gleichheit schlägt in ihr Gegenteil um, sobald sie sich in einen Platz gesellschaftlicher oder staatlicher Organisation einschreiben will“ (Rancière 2022 [2002]: 46). Politik und Demokratie, deren Grundbedingung laut Rancière radikale Gleichheit ist, können daher nicht als stabile Institutionen gedacht werden. Sie treten in Momenten des Bruchs, des Widerspruchs und des Aufbegehrens gegen die *polizeiliche Ordnung* in Erscheinung (Gebh/Seitz 2024: 104). Politik zeigt sich nach Rancière außerdem nur sporadisch und in begrenztem Umfang: „Es gibt Politik, wenn die als natürlich vorausgesetzte Logik der Herrschaft von dem Effekt dieser Gleichheit durchkreuzt wird. Das bedeutet, dass es nicht immer Politik gibt. Es gibt sie sogar wenig bis selten“ (Rancière 2022 [2002]: 29). Gleichwohl bestreitet Rancière nicht, dass es Unterschiede zwischen *polizeilichen Ordnungen* gibt. Er gesteht durchaus zu, dass manche Formen der gesellschaftlichen Organisation offener oder gerechter sein können als andere:

Es gibt eine schlechtere und bessere Polizei – die beste ist übrigens nicht die, die der angeblich natürlichen Ordnung der Gesellschaft folgt oder der Wissenschaft der Gesetzgeber, sondern diejenige, die die Einbrüche der gleichheitlichen Logik am häufigsten von ihrer „natürlichen“ Logik abgelöst haben. Die Polizei kann alle Arten guter Dinge verschaffen, und eine Polizei kann einer anderen unendlich vorzuziehen sein. Das ändert nicht ihre Natur, die hier einzig zur Frage steht. Die Herrschaft der Meinungsbefragung und der ständigen Ausstellung des Wirklichen ist heute die gewöhnliche Form der Polizei in den westlichen Gesellschaften. Die Polizei kann sanft und liebenswürdig sein. Sie bleibt deswegen nicht weniger das Gegenteil der Politik, und es ist angebracht, zu umgrenzen, was jeweils beiden zukommt (Rancière 2022 [2002]: 42).

Rancière weist mit der Differenzierung zwischen einer „schlechteren“ und einer „besseren“ Polizei also darauf hin, dass gesellschaftliche Ordnungen in ihrer institutionellen und normativen Ausprägung zwar variieren können, diese Variationen jedoch nichts an ihrer grundlegenden Funktion verändern. Selbst in ihrer mildesten oder liberalsten Form bleibt die Polizei ein Mechanismus der Reproduktion des Gegebenen und steht damit im strukturellen Gegensatz zur Politik, die sich durch Unterbrechung und Störung dieser Ordnung auszeichnet.

Für Rancière kann Politik nicht auf Verstetigung abzielen, selbst dann nicht, wenn diese sich ihrer eigenen Ausschlüsse bewusst ist. Politische Praxis zeigt sich vielmehr dort, wo bestehende Ordnungen hinterfragt, unterbrochen und gestört werden; sie realisiert sich im Akt des Widerstands und der Kritik gegenüber dem Gegebenen (Gebh/Seitz 2024: 105).

2.3.2 Periodisches Gründen: Revisionsoffenheit als demokratisches Prinzip

Das *Modell des periodischen Gründens* begreift Institutionen als notwendige Bedingung von Demokratie, mit der Voraussetzung, dass sie revisionsoffen bleiben. Denker*innen wie Miguel Abensour, Claude Lefort, Andreas Kalyvas oder Bonnie Honig argumentieren, dass demokratische Ordnung nur dann legitim ist, wenn sie immer wieder neu begründet werden kann. Vor dem Hintergrund des Postfundamentalismus darf demnach eine Ordnung nur provisorisch gegründet werden (Gebh/Seitz 2024: 106f.). Revisionsoffenheit ist so ein „strukturelles Merkmal demokratischer Ordnungen“ (Gebh/Seitz 2024: 107). Gründen und Begründen als Praktiken werden also als Prozess aufgefasst, der durch ein Wechselspiel von Phasen der Stabilisierung und der Infragestellung gekennzeichnet ist (Gebh/Seitz 2024: 107).

Claude Lefort beispielsweise versteht Demokratie als revisionsoffene Ordnung, die sich durch die Anerkennung ihrer eigenen Unbegründbarkeit auszeichnet. In seinem Text „Die Frage der Demokratie“ von 1990 kontrastiert Lefort die monarchische Verkörperung der Macht im Körper des Königs, als Sinnbild göttlicher und irdischer Souveränität, mit der modernen Demokratie als „körperloser Gesellschaft“ (Lefort 1990: 295). Mit der symbolischen und körperlichen „Leerstelle“ der Macht, paradigmatisch veranschaulicht durch die Enthauptung Louis XVI., verliert die politische Ordnung nach Lefort ihre metaphysische Fundierung. Demokratie legitimiert sich durch die Einsicht in die Abwesenheit letzter Gründe (Gebh/Seitz 2024: 109). Für Lefort kann somit in der Demokratie kein Machtanspruch auf letztbegründbare Wahrheiten oder Gerechtigkeitsideale beansprucht werden, sondern sie muss ihre eigene Unbegründbarkeit anerkennen. Demokratie gründet somit auf einem „Mangel“, der positiv zu verstehen ist: Der „leere Ort der Macht“ (Lefort 1990: 293) verweist auf die strukturelle Unbesetzbarkeit politischer Herrschaft. Macht kann nur temporär und symbolisch ausgeübt werden, ohne sich dauerhaft zu verkörpern (Gebh/Seitz 2024: 110).

Laut Lefort akzeptiert die Demokratie die Kontingenz von Ordnung nicht nur, sondern affirmiert sie, womit auch die Kontingenz demokratischer Ordnung selbst gemeint ist. Diese betrachtet er als notwendig revisionsoffen; als Beispiel für die *Institutionalisierung des Konflikts* (Lefort 1990: 293) als strukturelles Prinzip demokratischer Ordnung nennt Lefort das allgemeine Wahlrecht. So inszeniert der Wahlakt den Demos einerseits als Souverän, markiert andererseits aber zugleich die „Vorläufigkeit dieser Selbstermächtigung“ (Gebh/Seitz 2024: 111). Die Wahl selbst fungiert in Demokratien demnach als rituelle Selbstvergewisserung ihrer inneren Spaltung. Durch sie wird sichtbar, dass der „Ort der Macht“ immer nur vorübergehend besetzt werden kann. Lefort schreibt dazu: „Die Zahl tritt an die Stelle der Substanz“ (Lefort 1990: 295). Darunter versteht er, dass der bloße Akt des Zählens von Stimmen die Macht provisorisch darstellt und so ihren Charakter zeigt. Demokratie zeichnet sich demnach „durch die Institutionalisierung der periodischen De- und Rekonstruktionen politischer Machtverhältnisse aus, welche den provisorischen Charakter aller Gründungsprozesse immer wieder offenbart“ (Gebh/Seitz 2024: 111).

2.3.3 Hegemoniales Gründen: Diskursive Stabilisierung politischer Ordnung

Eine dritte Perspektive bietet das *hegemoniale Gründen*, wie es etwa Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickeln. Sie begreifen Politik nicht als zyklisches Phänomen, sondern als dauerhaften Prozess. Dabei geht es ihnen vor allem um die Frage, wie sich eine diskursive Vorherrschaft abseits der Beschaffenheit politischer Institutionen erzielen lässt (Gebh/Seitz 2024: 116f.).

Mouffe spricht von agonistischer Demokratie. Im Sinne des hegemonialen Gründens schreibt sie diesbezüglich von regelgeleitetem Konflikt (Gebh/Seitz 2024: 117). Dabei legt sie ihren Fokus nicht auf Strukturen und spricht von einer vorläufigen Schließung des Möglichkeitsraums, mit der auch Ausschlüsse einhergehen. Politische Projekte müssen demnach symbolisch in ein „Wir“ und ein dem Entgegengestelltes unterscheiden. Das Moment des Gründens ist bei Mouffe Kernelement politischer Praxis; jede Ordnung ist somit das Ergebnis hegemonialer Kämpfe und bleibt daher kontingent. Im Sinne des Agonismus muss Dissens innerhalb von demokratischen Institutionen und mit gemeinsamem Regelwerk ausgetragen werden, wobei gleichzeitig die Kontingenz jeder Ordnung anerkannt werden muss (Gebh/Seitz 2024: 118).

Weiter entwickelt Laclau eine Theorie der Hegemonie, in der politische Gründung als strategische Bildung von Allianzen zur Durchsetzung diskursiver Deutungshoheit verstanden wird. Gemeinsam mit Mouffe betont er in *Hegemonie und radikale Demokratie* (1985) die Relationalität von Bedeutung: Sinn entsteht nicht aus festen Strukturen, sondern durch *Artikulation*, also durch das Verknüpfen unterschiedlicher Elemente innerhalb eines Diskurses. Gesellschaftliche Ordnung erscheint bei Laclau stets nur partiell stabilisiert, da diskursive Strukturen nie vollständig geschlossen sind (Gebh/Seitz 2024: 119). Daraus ergibt sich, was er als die „Unmöglichkeit von Gesellschaft“ bezeichnet (Laclau 1990: 90): Jede Ordnung bleibt vorläufig und kontingent. Politik bedeutet für Laclau dennoch, im Bewusstsein dieser Offenheit immer wieder temporäre Fixierungen vorzunehmen. Hegemoniale Praxis versucht, bestehende Bedeutungsgefüge neu zu ordnen und sedimentierte Strukturen zu öffnen, um ihre Kontingenz sichtbar zu machen. Das Politische zeigt sich somit im Ringen um symbolische Vorherrschaft innerhalb eines prinzipiell unabschließbaren sozialen Feldes (Gebh/Seitz 2024: 119). Laclau erarbeitet eine allgemeine Logik hegemonialer Kämpfe, die auf diskursive Vorherrschaft abzielt. Die besagte Logik hegemonialer Kämpfe vollzieht sich so als ein vierstufiger Prozess: Sie beginnen mit einzelnen Forderungen, durch die politische Identitäten erst konstruiert werden. Diese Forderungen werden anschließend zu einer sogenannten Äquivalenzkette verbunden, deren Zusammenhalt im dritten Schritt nicht auf inhaltlicher Übereinstimmung, sondern auf der Abgrenzung zu einem gemeinsamen Gegner, also durch die Konstruktion eines Antagonismus, beruht. Viertens und letztens muss die Äquivalenzkette als Einheit, durch eine Repräsentation, auftreten, wodurch sie ihren „partikularen Charakter“ verliert: Sie wird zu einem „leeren Signifikanten“, der die Einheit des hegemonialen Projekts symbolisiert, gleichzeitig aber ihren Inhalt entleert (Gebh/Seitz 2024: 119f.).

Für Laclau, wie auch für Mouffe ist der Kampf um Hegemonie Kern politischer Praxis. Politik besteht im Aufbau von Allianzen und in der Bildung von Äquivalenzketten, also in der strategischen Verknüpfung verschiedener Forderungen unter einem gemeinsamen Signifikanten. Da jede hegemoniale Gründung das angestrebte Absolute verfehlt, bleibt sie stets unvollständig und muss sich durch fortwährende Kämpfe und Auseinandersetzungen ständig neu behaupten (Gebh/Seitz 2024: 121).

3. Hactivismus als Bruch mit der polizeilichen Ordnung

Dies ist das Zeitalter von WikiLeaks, Anonymous, Denial-of-Service-Angriffen auf lebenswichtige Infrastrukturen und des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, die alle die globale Imagination erobern (Lovink 2017: 229f.).

Das folgende Kapitel thematisiert den Hactivismus als Bruch mit der *polizeilichen Ordnung*. Hierfür wird zunächst auf den Cyberaktivismus im Allgemeinen eingegangen, was verdeutlicht, warum es radikale Formen des digitalen Widerstands braucht. Im Anschluss wird anhand der Hacker*innengruppe Anonymous aufgezeigt, inwiefern ihr Hactivismus als störende Unterbrechung in Rancières Sinne verstanden werden kann.

Die türkisch-amerikanische Soziologin Zeynep Tufekci beschreibt in ihrer Analyse *Twitter and Tear Gas: The Power and Fragility of Networked Protest* eindrücklich, wie stark sich Protestformen durch die Digitalisierung verändert haben. Insbesondere durch soziale Netzwerke wie Facebook und X wurden neue Öffentlichkeiten geschaffen, die Menschen über räumliche Grenzen hinweg miteinander verbinden (Tufekci 2017: 19f.). Dabei sind die digitalen Technologien weit mehr als bloße Kommunikationsmittel, sondern fungieren als neue öffentliche Räume: „[Digital technologies are] the new town square, the water cooler, the village well, and the urban coffeehouse, but also much more” (Tufekci 2017: 11). Digitale Vernetzung ermöglicht es, innerhalb kürzester Zeit große Menschenmengen zu erreichen, ohne dass physische Nähe erforderlich ist. Diese neuen Möglichkeiten der Mobilisierung und Kommunikation erweitern klassische Formen des Protests, ohne sie zu ersetzen. Für Tufekci stellen digitale Technologien fundamentale Werkzeuge dar, um politische Bewegungen zu organisieren, Sichtbarkeit herzustellen und Aufmerksamkeit zu erzeugen. Besonders letzteres bezeichnet sie als „Sauerstoff sozialer Bewegungen“ (Tufekci 2017: 30). Gleichzeitig weist Tufekci, wie auch am Titel ihres Werkes deutlich wird, auf die Fragilität digital vernetzter Bewegungen hin.

Auch der Netzaktivist und Medienwissenschaftler Geert Lovink thematisiert diesen Umstand. In seinem Werk *Im Bann der Plattformen* reflektiert er die langfristige Wirkung digitaler Protestformen und analysiert insbesondere deren strukturelle Schwächen. Anhand der Proteste

des Arabischen Frühlings und der Occupy-Bewegung zeigt er, dass sich viele dieser Bewegungen zwar schnell formieren und kurzfristig eine hohe Sichtbarkeit erlangen, aber ebenso rasch wieder verschwinden; die digitale Infrastruktur erlaubt eine beispiellose Geschwindigkeit der Mobilisierung, erschwert aber gleichzeitig nachhaltige Organisationsformen, kollektive Entscheidungsprozesse und langfristige Strategien (Lovink 2017: 230).

Ein zentrales Problem bei der Versteigung digitale Proteste stellt der „Klicktivismus“ (Cuéllar 2017) dar: Das Teilen eines Hashtags, eines Bildes oder eines Statements ermöglicht eine schnelle Beteiligung, erfordert jedoch kaum Ressourcen oder persönliche Risiken, womit die Form des digitalen Engagements oft niedrigschwellig und symbolisch bleibt. Diese oberflächliche Praxis ist mehr performativ als politisch wirksam; zwar kann ein viraler Hashtag Aufmerksamkeit erzeugen, doch fehlt es oft an organisatorischer Tiefe und strategischer Ausrichtung. Zudem stellt sich die Frage nach der Authentizität solcher digitalen Bekundungen: Besonders bei öffentlichen Akteuren, wie Influencer*innen oder Unternehmen, ist oft nicht erkennbar, ob politische Positionierungen aus Überzeugung erfolgen oder lediglich der Imagepflege dienen. Phänomene wie „Woke-Washing“ (Hausbichler 2022) verdeutlichen die Ambivalenz zwischen gesellschaftlichem Engagement und ökonomischen Eigeninteressen. Zudem bleibt diese Form des Online-Aktivismus meist innerhalb von Plattformlogiken verhaftet, die selbst kapitalistisch strukturiert sind. Damit einher gehen Mechanismen, die systemkritische Inhalte in ihrer Reichweite begrenzen können – etwa durch algorithmische Drosselung und Shadow Banning (Klingschat 2022).

Diese Umstände verdeutlichen, dass digitaler Aktivismus zwar neue Ausdrucksformen ermöglicht, jedoch selten mit einer Infragestellung der digitalen Infrastrukturen selbst einhergeht. Aktivismus im radikaldemokratischen Sinne muss deshalb Kritik an den kapitalistisch organisierten Plattformen und deren algorithmisch gesteuerte Aufmerksamkeitsökonomie miteinschließen. Eine bestimmte Form des Cyberaktivismus leistet dies und versucht die bestehenden Plattformlogiken zu durchbrechen. Im Folgenden wird deshalb der „Hacktivismus“ als ein Bruch mit der *polizeilichen Ordnung* dargestellt.

Hacktivismus setzt sich aus den Worten „hacken“ und „Aktivismus“ zusammen. Er kann definiert werden als „the clever use of technology that involves unauthorized access to data or

a computer system in pursuit of a cause or political end” (Maurushat 2019: 21). Hacktivismus beschreibt also das Eindringen von Hacker*innen in das Computernetzwerk anderer, um ein politisches Ziel zu verfolgen. Hacktivismus gibt es bereits seit den 1980er Jahren (Encyclopedia of Digital Crime/Hacktivism 2020: 210). Das wohl bekannteste Hackerkollektiv ist Anonymous, das jedoch keine feststehende Gruppe im herkömmlichen Sinne darstellt. Sie sind dezentral organisiert mit unterschiedlichen, wechselnden Personen und Aktionen (Maurushat 2019: 21).

3.1 Hacktivistische Subjektivierung

Knowledge is free.

We are Anonymous.

We are Legion.

We do not forgive.

We do not forget.

Expect us.

– Anonymous (2008)

Die Offenheit und Unabschließbarkeit von Anonymous zeigt sich dadurch, dass jeder Mitglied werden kann und sich die Gruppe immer neu formiert. Da die Partizipant*innen anonym bleiben, spielen Identitätsmerkmale wie Herkunft, Klasse und Geschlecht eine stark untergeordnete Rolle, was die Ansprüche von Anonymous auf Gleichheit seiner Mitglieder unterstreicht. Selbst spezielle Fähigkeiten sind nicht erforderlich, um beitreten zu können. Selbstverständlich sind Hacker*innen für die kommunikative Infrastruktur und das Eindringen in fremde Server unerlässlich, jedoch können Mitglieder, die nicht über das technische Know-how verfügen, durch verschiedene Aktivitäten wie das Schreiben von Pressemitteilungen, dem Designen von Plakaten, dem Erstellen von Videos und ähnlichem beitragen: „In order to be part

of Anonymous, one need simply selfidentify as Anonymous“⁴ (Coleman 2013: 12). Dies fußt auf einem Prinzip der Hackerkultur, nach dem Hacker*innen immer nur nach den jeweiligen Fähigkeiten beurteilt werden sollen und niemals nach anderen Merkmalen wie beispielsweise Herkunft oder Klasse. Weitere Prinzipien der Hackerkultur sind etwa der unlimitierte Zugriff auf Computer und die freie Zugänglichkeit von Informationen. Außerdem legen Hacker*innen einen großen Wert auf Dezentralisierung und hegen ein gewisses Misstrauen gegenüber Autoritäten (Stöcker 2023). Da die Mitglieder von Anonymous Herrschaft und Autorität im weitesten Sinne ablehnen und sich für Gleichheit einsetzen, handeln sie durch die Offenheit in ihrer eigenen Organisation und Struktur präfigurativ.⁵

Bis 2008 war die Hackergruppe in erster Linie für ihr „Trolling“ bekannt. Solche „Internetstreiche“ möchten starke emotionale Reaktionen mit böartigen und hetzerischen Kommentaren hervorrufen (Campell 2023). Im Fall von Anonymous wurden diese Streiche oft über die Internetplattform 4chan.org organisiert. Hauptmotiv war auch hier der „Spaß“ daran, sich über die Geschädigten lustig zu machen (Coleman 2013: 3). Diese Motivation änderte sich jedoch schlagartig mit dem Projekt Chantology, bei welchem Anonymous eine Kampagne gegen die Scientology-Kirche startete und sich damit erstmals in eine aktivistische Richtung bewegte (Coleman 2013: 3): 2008 wurde ein Video von Tom Cruise geleakt, in dem er die Scientology-Kirche lobte. Als Reaktion darauf unternahm Anonymous zahlreiche DDoS-Angriffe⁶, um die Website der Kirche lahmzulegen sowie andere Störaktionen, beispielsweise das Bestellen von unbezahlten Pizzen und Escort-Services an Scientology-Kirchen in den gesamten Vereinigten Staaten. Was zunächst als Trolling begann, entwickelte sich zu einer

⁴ Es ist dennoch diskutabel, inwieweit für die Teilnahme am Aktivismus ein Zugang zum Internet benötigt wird. Zudem erfasst das Bundeskriminalamt, dass unter den Mitgliedern ein Großteil männlich und zwischen 16 und 30 Jahre alt ist (Bundeskriminalamt 2016: IV). Mitglieder von Anonymous sind überall auf der Welt zu finden, jedoch kommen die meisten aus westlichen Staaten, allen voran die USA (Encyclopedia of Digital Crime/Anonymous 2020: 12).

⁵ Präfiguration zielt darauf ab „im Hier und Jetzt, soziale Beziehungen, Praktiken und Institutionen zu etablieren, die einen Vorschein der jeweils angestrebten Gesellschaft darstellen sollen“ (Sörensen 2023: 14).

⁶ Bei einer „Distributed Denial of Service“-Attacke werden eine Vielzahl an Angriffssystemen großflächig koordiniert eingesetzt. Ziel ist es, Computersysteme durch Überlastung lahmzulegen, beispielsweise durch E-Mail-Bombing, bei welchem ein Konto so mit Mails überflutet wird, dass der Server zusammenbricht (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik).

Protestaktion gegen Scientology, welche schließlich einige Menschen aus dem Netz auf die Straßen trieb. Dadurch wandelte sich Anonymous von der trollenden „Internet hate machine“ zu einer aktivistischen Bewegung; eine große Rolle spielte hierbei auch die Medienberichtserstattung (Coleman 2013: 5). Der Name der Gruppierung aus dem YouTube-Video „Message to Scientology“ gab zu verstehen: „We are Anonymous“⁷. Die Identifizierung mit der Anonymität und des namen- und identitätslosen Richters im Verborgenen unterstreicht das Selbstverständnis von Anonymous.

Ein Beispiel für den weiteren Aktivismus von Anonymous ist die Veröffentlichung eines Fotos des Sprechers der Verkehrsgesellschaft BART: Im August 2011 schaltete diese in San Francisco den Handyempfang auf Bahnsteigen ab, um Proteste gegen Polizeigewalt zu verhindern. Anonymous organisierte daraufhin Straßenproteste und zog mediale Aufmerksamkeit auf sich. Einzelne Mitglieder hackten die BART-Computer, veröffentlichten Kundendaten und ein anstößiges Foto des BART-Sprechers Linton Johnson, begleitet von der provokativen Begründung: „If you are going to be a dick to the public, then I’m sure you don’t mind showing your dick to the public“ (Coleman 2013: 10). Bereits während der ersten Demonstrationen tragen ein Großteil der Teilnehmer*innen die Guy-Fawkes-Maske⁸, welche zum Symbol für Anonymous wurde (Coleman 2013: 5). Die Masken schützen die Identitäten der Demonstrant*innen, dienen aber auch als Zeichen der Gleichheit. Die Verweigerung der klaren Identifizierung und die damit einhergehenden Verhinderung der reibungslosen Durchführung der Ordnung kann als ein Akt des Widerstand gegen die *Polizei* im Sinne Rancières verstanden werden: Durch die verdeckte Identität wird die Umsetzung der politisch motivierten Verwaltung und Überwachung, die sich auf klare Identifikationskategorien stützt, verhindert. Auch im Netz schützen die Mitglieder von Anonymous ihre Identität, was ebenfalls als Akt des Widerstands gedeutet werden kann. Zudem ermöglicht dies eine Gleichheit der Aktivist*innen, da sich diese so leichter über die durch die Maske repräsentierende

⁷ Der Slogan erinnert an andere soziale Bewegungen wie „We are the 99%“ der Occupy-Bewegung 2011 oder auch die „Wir sind das Volk“-Rufe der Montagsdemonstrationen in der DDR 1989/1990.

⁸ Guy Fawkes war ursprünglich ein katholischer Offizier aus Großbritannien, der 1605 gemeinsam mit anderen versuchte, den König zu stürzen („Gunpowder Plot“). Die Maske karikiert sein Gesicht. In der Popkultur wurde diese u.a. in einem Comicroman und im Film „V wie Vendetta“ aufgegriffen, in welchem der Protagonist „V“ als Anarchist und Freiheitskämpfer durch Terrorakte versucht, eine Revolution anzustoßen (Kokkonen 2023).

gemeinsamen Ziele und nicht über individuelle, zuordenbare Merkmale identifizieren. Dies unterstreicht erneut die präfigurative Struktur des Kollektivs. Die Verschleierung der Identität hat aber auch praktische Gründe, da sie auch als Reaktion auf die Repression und Verfolgung aufgrund des teils illegalen Aktivismus durchgesetzt hat. Auch zeigen sich bei Anonymous Parallelen für politische Subjektivierung im Sinne Laclaus und Mouffes, da die Gruppe in keinem Sinne essenzialistisch gedeutet oder auf feststehende Personen abseits eines Diskurses reduziert werden kann.

Mit den provokanten und teils illegalen Protestaktionen erregte Anonymous viel mediale Aufmerksamkeit. Diese wurde als Mittel bzw. Strategie zur Macht benutzt (Coleman 2013: 3). Da Anonymous in erster Linie nicht die Sozialen Medien für ihren Protest verwenden, war ihr Bekanntwerden besonders zu Anfangszeiten auf mediale Berichterstattung angewiesen.

3.2 Hacktivistisches Demokratieverständnis

The last minute to act before full fascism and the inevitable global retaliation is now.

Deny them power.

Arrest them.

Seize their assets.

– Anonymous auf X (@YourAnonCentral), 30.12.2024

Es kann kaum vorhergesagt werden, wann und warum Anonymous aktiv wird, wann aktivistische Aktionen Erfolg haben oder wann Strategien geändert werden. Die Mitglieder von Anonymous engagieren sich jedoch besonders, wenn es darum geht, Werte zu schützen und zu verteidigen, welche mit globalen Kommunikationsplattformen verbunden sind, wie beispielsweise die Meinungsfreiheit (Coleman 2013: 3). Anonymous ist zudem in seinen Protesten flexibel und vielfältig: Ihre aktivistische Unterstützung reicht von der Aufdeckung von sexuellen Missbrauchsfällen, der Occupy-Bewegung, der 15-M-Bewegung in Spanien bis hin zum Arabischen Frühling (Coleman 2013: 4).

Nach „Project Chantology“ erweitert Anonymous sein politisches Engagement: Im Februar 2010 initiierten sie DDoS-Attacken auf die australische Regierung, um gegen Zensur im

Internet zu protestieren. Des Weiteren entstand aufgrund eines Streits über Protestmethoden im September 2010 eine Gruppe innerhalb des Anonymousdunkreises, die gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ausschließlich auf legalem Wege vorgehen wollte. Im Dezember 2010 führten Mitglieder von Anonymous eine DDoS-Kampagne gegen PayPal, MasterCard und Visa, als Reaktion auf deren Weigerung, Spenden für WikiLeaks⁹ anzunehmen (Coleman 2013: 6f.). Am 2. Januar 2011 startete eine Splittergruppe von Anonymous die Operation „OpTunisia“ als Reaktion auf die Zensur von Wikileaks durch die tunesische Regierung. Diese Aktion umfasste technische Angriffe auf Regierungswebseiten und die Unterstützung lokaler Aktivist*innen. Weiteres gründete sich 2011 aus der Bewegung die Hackergruppe LulzSec, die sich von Anonymous distanzierte (Coleman 2013: 8). LulzSec erlangte Berühmtheit für ihre Angriffe auf verschiedene Unternehmen, wobei ihre Aktivitäten oft fälschlicherweise Anonymous zugeschrieben wurden. Die Gruppe agierte radikaler und provokativer und löste sich im selben Jahr wieder auf. Außerdem unterstützte Anonymous die im Jahre 2011 aufkommende Occupy-Bewegung sehr stark. Einige Mitglieder campierten mit den Demonstrat*innen, andere leisteten technische Unterstützung. Viele Beteiligten zeigten sich dementsprechend – unabgesprochen – mit der Guy-Fawkes-Maske (Coleman 2013: 9).

Hacker*innen, die sich mit Anonymous assoziierten, koordinierten 2011/2012 weitere, umfassende DDoS-Angriffe gegen verschiedene Institutionen: So äußerten sie sich negativ gegenüber der US-Regierung, die Anonymous als Bedrohung einstufte (Coleman 2013: 10). Auch protestierten sie gegen das Urheberrechtsabkommen ACTA in Europa. Nach der Entscheidung der polnischen Regierung, ACTA zu ratifizieren, wurden Regierungswebsites angegriffen und Anonymous unterstützte Straßenproteste in Krakau. Kurz darauf protestierten Mitglieder der polnischen Partei Palikot-Bewegung im Parlament gegen ACTA, indem sie Guy-Fawkes-Masken trugen. Im Juli 2012 wurde ACTA schließlich auf EU-Ebene abgelehnt (Coleman 2013: 11).

Am 5. März 2012 wurde der Anonymous-Hacker Jeremy Hammond vom FBI verhaftet. Am Tag darauf enthüllte Fox News, dass „Sabu“, ein prominentes Anonymous-Mitglied und

⁹ Viele Mitglieder von Anonymous unterstützten Julian Assange, welcher 2006 die Website Wikileaks gründete, auf der durch Hacktivismus geleakte Geheimdokumente der US-Regierung veröffentlicht wurden (Coleman 2013:15).

Mitbegründer von Lulzsec, seit seiner Verhaftung im Juni 2011 als FBI-Informant tätig war. Dies bestätigte den lang gehegten Verdacht, dass Informant*innen in das Hackerkollektiv eingeschleust worden waren, was zu wachsendem Misstrauen und Paranoia führte. Weitere Verhaftungen folgten; der Hacktivist Aaron Swartz nahm sich nach rechtlichen Auseinandersetzungen mit dem US-Justizministerium und der drohenden Haftstrafe das Leben (Coleman 2013: 11).

Dennoch betrieben Hacker*innen im Namen von Anonymous weiter Aktivismus: Als Reaktion auf Polizeigewalt, in dessen Rahmen ein schwarzer Teenager erschossen wurde, starteten Mitglieder von Anonymous 2014 die „Operation Ferguson“. In dessen Rahmen wurden Angriffe auf die Stadt Ferguson orchestriert, wodurch unter anderem das Mail-System der Stadt lahmgelegt wurde (Encyclopedia of Digital Crime/Anonymous 2020: 11). Des Weiteren erklärten sie nach den Anschlägen in Frankreich 2015 dem Islamischen Staat den „Krieg“ und veröffentlichten X-Konten von rund 4.000 ISIS-Anhängern (Encyclopedia of Digital Crime/Anonymous 2020: 11). Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine 2022 unternimmt Anonymous auch Angriffe gegen Russland (Drosdowski 2022). Anonymous ist, wenn auch längst nicht mehr im selben Ausmaß, bis heute aktiv.

Mit seinen Aktionen durchbricht das Hackerkollektiv Herrschaftsverhältnisse und wirkt als störende Kraft. Damit wird die hegemoniale Ordnung durchbrochen und gezeigt, dass diese weder natürlich noch unveränderbar ist. Die Aktionen von Anonymous heben die Unsichtbarkeit bestimmter Machtmechanismen auf und untergraben die Vorstellung einer unveränderlichen Normalität. Anonymous zeigt dadurch, dass hegemoniale Verhältnisse kontingent sind. Die DDoS-Angriffe von Anonymous können als „störende Unterbrechungen“ der etablierten Ordnung verstanden werden, die Rancière als politisch klassifiziert (Rancière 2022 [2002]: 41). Die Mitglieder von Anonymous haben ein stark anarchistisches und antiautoritäres Demokratieverständnis, dennoch verstehen sie sich als richtendes und ausführendes Organ. Als selbsternannte Repräsentant*innen des „digitalen Volkes“ agieren sie dezentral und ohne Hierarchien. In welcher Weise gegen unterdrückerische Strukturen auch illegal vorgegangen werden darf und inwiefern der „Zweck die Mittel heiligt“, ist im Sinne eines radikaldemokratischen Verständnisses fraglich. Anhand ihrer Protestaktionen und Methoden lassen sich so auch durchaus revolutionäre Tendenzen erkennen, die dem radikaldemokratischen Verständnis von Laclau und Mouffe widersprechen. Ebenfalls bleibt

fraglich, inwiefern ein hegemoniales Projekt formuliert werden kann, wenn sich die Struktur von Anonymous nicht wenigstens kurzzeitig verstetigt.

3.3 Haktivistische Verstetigung

Der Hactivismus von Anonymous schafft keine festgefügte Alternative zur bestehenden Ordnung, sondern zielt vielmehr darauf ab, diese durch widerkehrende störende Unterbrechungen in Frage zu stellen. Dadurch lässt sich höchstens für eine sehr *lose* Form der Verstetigung aufgrund der *wiederkehrenden* Praxis von Anonymous argumentieren. Gleichzeitig fordern sie die hegemoniale Ordnung heraus, ohne sich explizit verstetigen zu wollen. Dies zeigt sich etwa daran, dass sie keine klar definierte Agenda oder langfristige Ziele zur Verstetigung haben: Anonymous eröffnet zwar Räume des Widerstands, ohne diese jedoch dauerhaft zu gestalten. Dies weist große Parallelen zu Rancière auf, nach dem Politik und Demokratie nicht als stabile Institutionen gedacht werden können – und sich somit nicht verstetigen sollen. Die nach Rancière der Demokratie zugrundeliegende Gleichheit tritt immer nur anhand von Brüchen mit der *polizeilichen Ordnung* zu Tage (Rancière 2022 [2002]: 46).

Nun ließe sich einwenden, dass der Hactivismus von Anonymous keine tatsächlichen Brüche mit der *polizeilichen Ordnung* erzielt und keine umfangreiche Umgestaltung anstrebt. Demnach reicht das Eindringen in fremde Computer, das Verschicken von Pizzen an fremde Adressen oder die Veröffentlichung peinlicher Fotos von CEOs für einen Bruch nicht aus. Insofern stellt sich die Frage, inwiefern Anonymous in der *polizeilichen Ordnung* verharrt und ob ihre Proteste überhaupt politisch im radikaldemokratischen Sinne Rancières sind. Hierzu lassen sich zwei Dinge entgegenen: Zum einen, können auch kleinere Protestaktionen laut Oliver Marchart als „minimale Politik“ in einem größeren Kontext wirkungsvoll und politisch sein. Zum anderen lässt sich der Hactivismus von Anonymous keineswegs auf seine „trolligen“ Aktionen, reduzieren.

Wenn Oliver Marchart von „minimaler Politik“ schreibt, meint er damit nicht Politik im Sinne von „wenig wirkungsvoll“. Stattdessen meint er eine Politik, die Teil einer größeren sein kann, auch wenn sie in ihrer Erscheinung eher „klein“ und weniger sichtbar ist:

Minimal heißt *nicht*: so wenig Politik wie möglich, sondern das genaue Gegenteil: so viel Politik wie möglich, *und sei dies auch wenig* (unter gegebenen Umständen). Praktiken minimaler Politik zielen auf keine Minimierung, sondern, auch wenn das zunächst konterintuitiv sein mag, auf eine Maximierung von Politik (Marchart 2010: 305).

Selbst wenn minimale Politik aus der Perspektive größerer politischer Ziele ineffektiv wirkt, ist sie nicht „*weniger Politik*“, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie Teil eines größeren politischen Projekts ist oder wird (Marchart 2010: 305). Viele Protestaktionen von Anonymous sind Teil sozialer Bewegungen, wie beispielsweise dem Arabischen Frühling, und betreiben oft eine minimale Politik im Sinne Marcharts.

Gleichzeitig hat Anonymous neben ihrer minimalen Politik auch wirkmächtige Aktionen hervorgebracht, wie beispielsweise die bereits erwähnte DDoS-Kampagne im Dezember 2010 gegen PayPal, MasterCard und Visa (Coleman 2013: 6f.). Die Aktion erzielte massive Aufmerksamkeit in den Medien und bei einer breiten Öffentlichkeit. Zudem führten die Angriffe dazu, dass die betroffenen Dienste zeitweise nicht verfügbar waren. Dies erwirkte eine Diskussion über die Macht von Finanzdienstleistern und deren Einfluss auf die Meinungs- und Pressefreiheit: Dass PayPal, MasterCard und Visa Spenden für WikiLeaks ablehnten, wurde von vielen als Angriff auf Grundrechte gesehen. Die Aktion machte Anonymous weltweit bekannt (Coleman 2013: 7). Die Kampagne prägte die Hackivismuskultur und trug dazu bei, die Themen Whistleblowing und digitale Freiheitsrechte in den Fokus der globalen Öffentlichkeit zu rücken. Langfristige Erfolg waren das Lenken von Aufmerksamkeit auf die Bedeutung von Plattformen wie WikiLeaks sowie auf Whistleblower*innen. Diese Aktion von Anonymous und die anschließenden Enthüllungen durch Edward Snowden führten zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über Überwachung und Datenschutz im Internet, sowie die fehlende Verantwortung von Staaten und Unternehmen beim Umgang damit. Dies zeigt, welchen nachhaltigen Einfluss Anonymous auf den öffentlichen Diskurs hatte (Coleman 2013: 15).

Gerade weil sich Anonymous kaum bis gar nicht verstetigt, können sie nach Rancière einen Bruch mit der *polizeilichen Ordnung* erwirken. Dies kann sowohl als minimale Politik, als auch durch groß angelegte Kampagnen geschehen.

4. Rebellische Städte: Die Rückeroberung des urbanen Raumes

The era of the smart city has arrived. Only a decade ago, the promise of improving and optimising urban services through the application of information and communication technologies (ICT) was largely a techno-utopian fantasy. Today, smart urbanisation is part and parcel of thousands of urban projects around the world. Canonical examples of smart cities such as Songdo, Masdar City, PlanIT and Rio de Janeiro [...] have given way to 'the actually existing smart city' [...] where ICT is rapidly being woven into new and existing urban policies, agendas, narratives and aspirations (Karvonen/Curgurullo/Caprotti 2019: 1).

Die Entwicklung von Smart Citys ist längst keine Utopie mehr, im Gegenteil: Sie schreitet immer schneller voran und wird dabei besonders von großen Unternehmen, wie beispielsweise Siemens oder Huawei, und dem öffentlichen Sektor vorangetrieben. Schätzungsweise beträgt das Marktvolumen der Entwicklung smarter Städte 108 Milliarden US-Dollar, was deren enormes Wachstumspotenzial aufzeigt. Immer mehr Menschen leben in urbanen Räumen – in der Europäischen Union sind es rund 75 Prozent der Bevölkerung (Müller-Seitz/Seiter/Wenz 2016: 4). Smart-City-Projekte können dazu beitragen, Städte nachhaltiger zu gestalten. So bieten sie das Potenzial zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen sowie die Möglichkeit zur Verbesserung der Verkehrssteuerung. Neben der Nachhaltigkeit sind andere Aspekte, wie vernetzte Kommunikations- und Informationssysteme, eine Steigerung der Lebensqualität und eine verbesserte politische Teilhabe Ziele von Smart-City-Projekten (Müller-Seitz/Seiter/Wenz 2016: 4f.). Die Rahmenstrategie von Wien etwa konzentriert sich besonders auf soziale Inklusion: Wien möchte im Rahmen seines Smart-City-Projekts Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit fördern und allen Bewohner*innen Teilhabe ermöglichen. Die Stadt investiert unter anderem in Infrastruktur, um in allen Stadtteilen die Lebensqualität zu erhöhen. Auch werden in Wien geförderte Wohnräume angeboten, um die Mietbelastung zu senken und städtische Dienstleistungen sind für alle sowohl digital als auch analog zugänglich (Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050).

Smart Citys sind rasch zu einem dominanten Konzept in der Stadtentwicklung geworden. Trotzdem bleibt die genaue Definition oft schwer fassbar. „Smart“ bedeutet sowohl „intelligent“ als auch „modern“, was den Begriff mit vielfältigen Konzepten und Debatten verbindet. Häufig leiten Wirtschafts- oder Innovationsagenturen, statt traditionelle Stadtplanungsabteilungen, Smart-City-Projekte (Joss 2019: xvif.).

Ein Hauptaugenmerk bei der Implementierung von Smart Citys liegt auf der Nutzung digitaler Technologien. Diese sind allgegenwärtig und durchdringen städtische Infrastrukturen und Dienstleistungen, ohne direkt „sichtbar“ zu sein (Joss 2019: xvii). Digitale Technologien verändern nicht nur die Städte, sondern haben auch einen Einfluss auf ihre Bewohner*innen (Bauriedl/Strüver 2018: 12): Sie erleichtern zwar viele Aspekte des städtischen Alltagslebens, sind jedoch keineswegs neutral. Vielmehr sind sie in bestehende Machtstrukturen eingebettet, spiegeln gesellschaftliche Normen wider und beeinflussen die Lebensstile von Individuen und Gemeinschaften. Sie werden für politische, soziale und wirtschaftliche Entscheidungen genutzt und tragen zur Reproduktion gesellschaftlicher Steuerungsmechanismen über Leben, Körper und Verhalten bei (Bauriedl/Strüver 2018: 21f.).

In der Einleitung wurde bereits Bezug auf die Theorie des *Überwachungskapitalismus* von Shoshana Zuboff genommen. In den Städten spitzt sich dieser zu. Zuboff schreibt: „[E]s gibt einen Ort, an dem alle [...] Elemente zusammenkommen und einen gemeinsamen, für menschliches Miteinander ausgelegten öffentlichen Raum in eine Petrischale für das Reality-Business des Überwachungskapitalismus verwandeln. Ich spreche von der Stadt“ (Zuboff 2018: 263). Die immer schneller voranschreitende Technologisierung der Städte erhärtet den Verdacht, dass urbane Räume zunehmend zu Experimentierfeldern für die umfassende Erfassung, Analyse und kommerzielle Nutzung personenbezogener Daten werden. Dabei wird die Stadt zu einem Ort der absoluten Überwachung (Zuboff 2018: 263). Ein gutes Beispiel dafür ist das 2015 gestartete Projekt *Sidewalk Labs* von Google: Zunächst errichtete *Sidewalk Labs* WLAN-Stationen mit kostenlosem Zugang in der Stadt und inszenierte sich damit als Problemlöser für die *digitale Ungleichheit*. Ähnlich wie bei Google Street View sammelte das Projekt dabei zahlreiche Informationen über Menschen, selbst wenn diese die WLAN-Stationen nicht direkt nutzten. Die Stationen fungierten als eine Art „Datenbrunnen“, die nicht nur Internetnutzungsdaten, sondern auch andere Informationen über die Stadtumgebung mithilfe von Sensoren erfassten (Zuboff 2018: 263f.). 2016 kündigte die US-Regierung eine

Partnerschaft mit *Sidewalk Labs* an. Ziel dieser Zusammenarbeit war es, urbane Verkehrsdaten für die Stadtverwaltung zu sammeln. Dafür stellte das Verkehrsministerium 40 Millionen Dollar bereit, um Städte zu motivieren, Googles Ideen in ihre Verkehrsplanung zu integrieren. *Sidewalk Labs* entwickelte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Städten ein Verkehrsmanagementsystem namens *Flow*, welches Google Maps, Street-View-Fahrzeuge und künstliche Intelligenz nutzte, um Daten von Verkehrsteilnehmer*innen auf öffentlichen Straßen zu sammeln und zu analysieren. So konnten Vorhersagen darüber getroffen werden, woher Menschen kommen und wohin sie fahren – was den Städten bei der Verkehrsplanung helfen sollte (Zuboff 2018: 264). Laut Zuboff kombiniert *Flow* öffentliche und private Ressourcen und verkauft diese auf virtuellen Märkten, was öffentliche Kosten verursacht und Stadtverwaltungen von *Sidewalk Labs* abhängig macht. Das Unternehmen fordert laut Zuboff Städte auf, erhebliche Summen in ihre Technologien, anstatt beispielsweise in den öffentlichen Nahverkehr zu investieren. Außerdem verlangen sie, so Zuboff, dass Städte ihnen in Echtzeit Informationen über Park- und Fahrmuster zur Verfügung stellen. Was zunächst nach einem Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner*innen aussieht, ist also in erster Linie eine Nutzbarmachung von Daten zur Profitmaximierung (Zuboff 2018: 265).

Das Beispiel von *Sidewalk Labs* verdeutlicht exemplarisch, wie im Kontext Smart-City-Strategien eine zunehmende Kommodifizierung des urbanen Raums erfolgt. Die Stadt wird durch Entwicklungen wie die skizzierte zu einem auf Überwachung und Vorhersage ausgerichteten Geschäftsmodell, welches das Gemeinwohl ökonomischen Interessen unterordnet.

Gerade vor diesem Hintergrund gewinnen alternative stadtpolitische Ansätze an Bedeutung, die sich dieser Logik bewusst entgegenstellen. In rebellischen Städten entstehen politische Gegenmodelle, die Technologie gemeinwohlorientiert einsetzen wollen und auf eine gesteigerte demokratische Partizipation setzen. Im Folgenden wird dargelegt, ob und wie diese rebellischen Städte ein radikal-demokratisches Politikverständnis praktisch umsetzen. Dabei wird diskutiert, wie rebellische Städte sich als Gegenmodell zur neoliberal verstandenen Smart City positionieren. Dafür wird auf das Konzept des Munizipalismus eingegangen, mit besonderem Fokus auf die 2011 entstandene 15-M-Bewegung in Spanien, *Barcelona en Comú*, sowie die digitale Plattform *Decidim*.

4.1 Politische Subjektivierung in der rebellischen Stadt

Barcelona en Comú war etwas, das ihnen gehörte und zu dem sie gehörten. Ein machtvoll kollektives Subjekt wurde geboren, ohne klare Identität, aber mit viel Lebendigkeit (Zechner 2017: 72).

Die 2011 entstandene 15-M-Bewegung in Spanien erzielte 2015 erstmals politische Erfolge. In vielen europäischen Ländern erstarkten zu dieser Zeit reaktionäre Bewegungen, während Spanien bei den Kommunalwahlen eine konträre Entwicklung erlebte: Mitglieder von Plattformen, die aus sozialen Bewegungen hervorgingen, konnten flächendeckend in die kommunalen Parlamente einziehen. Ab 2015 wurden die größten Städte Spaniens von politischen Kräften links der Sozialdemokratie regiert, so etwa in Barcelona die Bürgermeisterin Ada Colau und in Madrid Manuela Carmena. Lokale *confluencias* – Bündnisse aus Akteuren, Initiativen, Bewegungen und linken Parteien – traten an die Stelle zentralistischer Politikansätze und initiierten tiefgreifende soziale Reformen im urbanen Raum (Kubaczek/ Raunig 2017: 7).

Entstanden ist die 15-M-Bewegung aus den im Süden Europas besonders spürbaren Auswirkungen multipler Krisen, allen voran die Finanzkrise von 2008. Wohnungsnot, die Zunahme von Zwangsräumungen durch Banken und Behörden, eine drastische Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation – insbesondere für junge Menschen – sowie massive Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen und neoliberale Politiken prägten das Spanien dieser Zeit (Kubaczek/ Raunig 2017: 10). Zugleich markierten diese Entwicklungen den Beginn einer tiefgreifenden Veränderung in sozialen Praktiken und Subjektivierungsweisen. In den Jahren 2009 und 2010 intensivierte sich die Kritik an den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung, denn die ökonomische Krise wurde zunehmend als Ausdruck einer tieferliegenden politischen Krise interpretiert. In Folge dessen schwand das Vertrauen in die beiden dominierenden Parteien (die konservative Partido Popular (PP) und die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE), zusammengefasst mit PPSOE). Dieser Vertrauensverlust führte zu einer grundlegenden Infragestellung der repräsentativen Demokratie im Kontext des neoliberalen Kapitalismus (Kubaczek/ Raunig 2017: 10). Als Antwort auf diese Entwicklungen, formierten sich Anfang 2011 soziale

Bewegungen. Mit dem Slogan „Sie nennen es Demokratie, aber es ist keine“, den die Initiative *Democracia Real Ya!* prägte, wurden Forderungen nach einer realen und unmittelbaren Demokratie laut. Die neuen Bewegungen entwickelten sich parallel zu ähnlichen globalen Protestbewegungen, wie dem arabischen Frühling oder der Occupy-Bewegung in den USA. Am 15. Mai 2011 besetzten Demonstrant*innen die *Puerta del Sol* in Madrid, was der Bewegung den Namen 15-M gab. Bald darauf folgten Besetzungen zentraler Plätze in vielen spanischen Städten (Kubaczek/ Raunig 2017: 11f.).

Die Proteste führten zu einer anhaltenden Umstrukturierung urbaner Räume durch die Errichtung von provisorischen Camps (*acampadas*), die mit Zelten, Gemeinschaftsgärten, Infoständen, Netzwerken und Küchen ausgestattet wurden. Diese Camps wurden zu Zentren politischen Engagements, in denen Versammlungen (*asambleas*) die Basis für demokratische Entscheidungsprozesse bildeten. Besondere Merkmale dieser Organisationsform waren eine horizontale Kommunikation, kollektive Moderation und die Entwicklung inklusiver Praktiken. Die radikale Inklusion und Selbstorganisation ermöglichten eine intensive Erfahrung mit demokratischer Partizipation und Solidarität (Kubaczek/ Raunig 2017: 12).

Dieses Phänomen lässt sich nach Rancière als eine Subjektivierungsweise beschreiben (Rancière 2022 [2002]: 47). Die Demonstrant*innen hinterfragten nicht nur die bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen, sondern positionierten sich aktiv als politische Subjekte, die die vermeintlich „natürliche“ Ordnung von Macht und Repräsentation aufbrechen. Durch die Besetzung öffentlicher Plätze und die Schaffung von Räumen für Diskussion und Partizipation erprobten sie neue Formen gesellschaftlicher Ordnung.

Im Kontext der 15-M-Bewegung und den Kommunalwahlen in Barcelona 2015 entstand die zivilgesellschaftliche Wählerplattform *Barcelona en Comú*. Diese zeigt vorbildhaft, wie Bewegungen Gruppen mobilisieren und deren unterschiedliche Kämpfe in einem gemeinsamen politischen Projekt vereinen können. Die von *Barcelona en Comú* angestrebte „Feminisierung der Politik“ zielt darauf ab, politische Formen zu schaffen, die Arbeiter*innen, Frauen, Armutsbetroffene und Migrant*innen einbeziehen (Zechner 2017: 76f.). Im Sinne von Mouffe und Laclau kann dies als ein Prozess der *Äquivalenzkettenbildung* verstanden werden, bei dem unterschiedliche soziale Kämpfe in einer gemeinsamen politischen Forderung zusammengeführt werden. Diese beschreiben Laclau und Mouffe als notwendig, um

Gleichheitsrechte von anderen marginalisierten Gruppen zu wahren (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 222f.). Dieser Ansatz erklärt, wie *Barcelona en Comú* soziale Ungleichheit, überbezahlten Wohnraum oder auch Geschlechtergerechtigkeit in einem politischen Projekt bündelt. Dabei ermöglicht die *Äquivalenzkettenbildung* den Akteuren, ihre individuellen Erfahrungen von Unterdrückung nicht isoliert, sondern als Teil eines hegemonialen Konflikts zu begreifen.

Laut Manuela Zechner ruft *Barcelona en Comú* seine Subjekte durch solidarische, agonistische und antagonistische Strategien an. Der Begriff „comú“ (gemeinsam) steht für Äquivalenz, „gente común“ („normale“/„einfache“ Leute) ist eine agonistische Formulierung und eine antagonistische Strategie wird in Abgrenzung zur politischen Elite (*casta*) verfolgt: Hierbei wird eine Vorstellung des „Normalen“ konstruiert, die zeitgleich eine Gegnerschaft zum „Anderen“ konstruiert. Die Bewegung wird vor allem von einer desillusionierten Mittelschicht und dem Prekariat getragen, wobei Zechner darunter jüngere Menschen meint, die an der Mittelschicht aufgrund wirtschaftlicher Faktoren nicht teilhaben können (Zechner 2017: 78f.). Manche Solidaritäten stießen seit Beginn an auch an ihre Grenzen; besonders deutlich wird dies im Umgang mit nicht-weißen Straßenverkäufer*innen im Kontrast zu Geflüchteten: Innerhalb der unter Ada Colau gestarteten Kampagne „Ciutat Refugi“ übte Barcelona Druck auf den spanischen Staat aus, mehr Geflüchtete aufzunehmen, ließ dabei aber vor allem etwa bereits in Barcelona lebende „papierlose“ Straßenverkäufer*innen außer Acht, die dadurch unsichtbar blieben (Zechner 2017: 79). Geflüchtete werden in bestimmten Kontexten (z. B. durch „Ciutat Refugi“) als Teil des sozialen Raums anerkannt, aber nur unter der Bedingung, dass sie in bestimmte Narrative passen oder bestimmte Erwartungen erfüllen – beispielsweise rechtliche Anforderungen wie einen Aufenthaltsstatus; Migrant*innen ohne Papiere hingegen bleiben außerhalb der Wahrnehmung. Dies erinnert an Rancières *Aufteilung des Sinnlichen* (Rancière 2022 [2002]: 36.). Die *polizeiliche Ordnung* wird reproduziert, indem diese Gruppen aus dem sozialen Raum ausgeschlossen werden. Die Kampagne „Ciutat Refugi“ blieb somit innerhalb der bestehenden Logik von „Bürgerschaft“ (*ciudadanía*) gefangen. Die Lage der Straßenverkäufer*innen zeigt zudem, dass „ein inklusives urbanes ‚Wir‘ jenseits der weißen Bevölkerung“ nur schwer aufzubrechen ist (Zechner 2017: 79).

4.2 Das Demokratieverständnis der rebellischen Stadt

Die Hallen der Macht sind als maskuline Räume gestaltet, für Leute ohne besondere Bedürfnisse und Verantwortlichkeiten für andere, die bereit sind, alles für die politische Arbeit aufzugeben. [...] Die idealen Subjekte dieser Orte sind die jungen machthungrigen ‚Ciudadanos‘ der spanischen rechten Mitte: ihre Körper gestählt von Fitness, Kokain und Kaviar, durchdrungen vom Geist des Unternehmers und der Konkurrenz, gekleidet in smarten Anzügen, die andere für sie bügeln (Zechner 2017: 75f.).

Die Politik des spanischen Munizipalismus strebt eine Neuinterpretation von Demokratie an, die über das repräsentative Modell hinausgeht und partizipative Elemente integriert. Die erstrebte Transformation zeigt sich zum Beispiel durch Initiativen wie Nachbarschaftsräte, die lokale Gemeinschaften stärker in Entscheidungsprozesse einbinden sollen. Solche Ansätze dezentralisieren Macht und schaffen Gegenstrukturen, die institutionelle Autoritäten kontrollieren und neue Formen der politischen Teilhabe ermöglichen (Galcerán Huguet 2017: 46f.). Das Demokratieverständnis der rebellischen Städte in Spanien stellt die vorherrschenden politischen Strukturen somit grundlegend in Frage. Anstelle von Politik als exklusivem Handlungsraum für „Eliten“, die von Zechner zugespitzt als „Ciudadano“ mit „Fitness, Kokain und Kaviar“ (Zechner 2017: 75f.) karikiert werden, setzt die rebellische Stadt auf Teilhabe, Sorge und Solidarität. Rebellische Städte wie Barcelona fußen auf einem radikaldemokratischen Ansatz, wenn dort politische Ordnung als kontingentes soziales Konstrukt gilt, das beständig neu ausgehandelt werden muss (Laclau/Mouffe 2020 [1985]: 214f.). Statt bestehende politische Strukturen als unveränderlich zu akzeptieren, wird die Hegemonie der neoliberalen Stadtentwicklung herausgefordert: Im Kontext des spanischen Munizipalismus erlangt der Begriff des Gemeinguts eine zentrale Bedeutung, da er die negativen Folgen von Privatisierungen und der Zweckentfremdung öffentlicher Ressourcen beleuchtet (Galcerán Huguet 2017: 48f.). Die Förderung von privatwirtschaftlichen Interessen durch öffentliche Institutionen führte zu Verschuldung, Steuererhöhungen und sozialer Ungleichheit. Um diese Entwicklungen umzukehren war die Implementierung kooperativer, solidarischer Produktionsweisen geplant, welche die städtische Infrastruktur nachhaltig transformieren sollte (Galcerán Huguet 2017: 49). Ein weiterer Aspekt des spanischen Munizipalismus ist der Versuch, die *Logik der Sorge* in den politischen Prozess zu integrieren.

Diese betont, dass politische Prozesse nicht nur durch Effizienz oder Wettbewerb geprägt sein sollten, sondern auch durch zwischenmenschliche Beziehungen, Empathie und die Anerkennung von Fürsorgeverhältnissen. Sorge wird damit nicht nur als eine private Angelegenheit verstanden, sondern als ein öffentliches, politisches Prinzip, das die Grundlage für gemeinschaftliches Handeln bildet (Galcerán Huguet/ Carmona Pascual 2017: 108f.).

Ab 2015 fand in Barcelona zudem ein bemerkenswerter Wandel hin zu einer demokratischeren Stadtpolitik statt. Nach ihrem Wahlsieg erwirkte *Barcelona en Comú* eine Reihe von am Gemeinwohl orientierten Sozialreformen, bei deren Umsetzung die Digitalisierung eine bedeutende Rolle spielte. Beispielsweise wurden mit Hilfe einer kooperativen Internetplattform die Meinungen der Bürger*innen zu der Priorität von Maßnahmen eingeholt. Im Fokus standen der Stopp von Zwangsräumungen und die Schaffung von mehr Sozialwohnungen. Etwa 550 leerstehende Immobilien wurden wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt, während die Vergabe neuer Lizenzen für Hotels und Touristenunterkünfte gestoppt wurde. Anbieter wie *Airbnb* und *Booking.com* wurden konsequent mit Bußgeldern belegt, wenn über sie illegal Wohnungen vermietet wurden. Zudem wurde ein partizipativer Dialog über ein verantwortungsvolles Tourismusmodell initiiert (Morozov/Bria 2017: 61f.). Des Weiteren verfolgte die Stadtregierung eine Politik der Rekommunalisierung zentraler Infrastrukturen wie Wasser und Energie. Neben Maßnahmen gegen Energiearmut plante Barcelona, privatisierte Wasserwerke zurückzukaufen und Vergaberichtlinien so anzupassen, dass soziale, ökologische und ethische Standards stärker berücksichtigt werden. So sollten Sozialunternehmen und Genossenschaften ein leichter Zugang zu öffentlichen Zuschüssen ermöglicht werden (Morozov/Bria 2017: 62).

Darüber hinaus wurde ein kritischer Umgang mit neoliberalen Smart-City-Konzepten gepflegt. Barcelona setzt auf Open-Source-Technologien und eine „digitale Stadt von unten“. Hierfür wurde ein „Digital Innovation Office“ ins Leben gerufen, das technische Lösungen basierend auf dem Wohle aller entwickeln sollte (Morozov/Bria 2017: 62). Eine partizipativ erarbeitete „Digitale Agenda“ unterstreicht die Bedeutung von Technologie-Souveränität. Lokale Unternehmen und Akteure wurden eingebunden, um nutzerfreundliche und solidarische digitale Dienstleistungen zu entwickeln (Morozov/Bria 2017: 63). Ein weiterer Schwerpunkt lag auf „Data Commons“ – einer Strategie, die es ermöglicht, städtische Alternativen zu profitorientierten Plattformen wie *Airbnb* und *Uber* zu schaffen. In diesem Rahmen wurden

kooperative Plattformen gefördert, die sicherstellten, dass Bürger*innen die Eigentümer*innen ihrer Daten bleiben und über diese verfügen können (Morozov/Bria 2017: 63f.).

Ein zentrales Instrument zur Umsetzung der gemeinwohlorientierten Digitalisierung ist die Plattform *Decidim*. Sie wurde 2016 auf Initiative der Stadt Barcelona entwickelt und bildet seither das Rückgrat einer digital unterstützten Bürgerbeteiligung. *Decidim* ermöglicht es städtischen Verwaltungen, sozialen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, komplexe Beteiligungsprozesse strukturiert und transparent zu gestalten (Barandiaran et al. 2024: 2). Dabei reicht das Spektrum von Bürgerhaushalten über Konsultationen und Gesetzesentwürfen bis hin zur Mitgestaltung städtischer Strategien. Im Unterschied zu Beteiligungsformaten großer Tech-Unternehmen basiert *Decidim* auf einem demokratisch legitimierten und öffentlich kontrollierten Infrastrukturansatz. Die Plattform orientiert sich am Prinzip der „rekursiven Demokratie“, was bedeutet, dass sie nicht nur Werkzeuge bereitstellt, sondern selbst durch die Beteiligten stetig weiterentwickelt wird. Dies geschieht im Rahmen der sogenannten *Metadecidim*-Community – einem offenen Zusammenschluss aus Entwickler*innen, Aktivist*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und Wissenschaftler*innen, die über die Funktionsweise, Werte und zukünftige Ausrichtung der Plattform mitbestimmen (Barandiaran et al. 2024: 89f.). Technopolitisch versteht sich *Decidim* als Versuch, Technologie und Demokratie miteinander zu verschränken, anstatt sie – wie in vielen Smart-City-Konzepten – getrennt zu behandeln. Die Plattform bringt sowohl Softwarearchitektur als auch politische Prinzipien in Einklang: Transparenz, Datenschutz, Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Inklusivität sind keine nachgelagerten Ziele, sondern Grundbedingungen der digitalen Partizipation (Barandiaran et al. 2024: 4ff.). Damit stellt *Decidim* eine Alternative zur marktgetriebenen Plattformökonomie dar und zeigt exemplarisch, wie eine städtische Digitalpolitik auf Commons-Basis organisiert werden kann (Barandiaran et al. 2024: 6f.). Im Sinne Rancières können durch *Decidim* jene Stimmen, die bislang als bloßer „Lärm“ galten, hörbar gemacht werden (Rancière 2022 [2002]: 41). Politische Tätigkeit zeigt sich als eine Praxis, die die Zuordnungen bestehender gesellschaftlicher Rollen – etwa zwischen Regierenden und Regierten – aufbricht und neue Formen von Teilhabe etabliert. Die Forderung nach Sorge, Solidarität und Gemeingütern in der Stadtpolitik Barcelonas kann als Akt verstanden werden, der im Sinne Rancières eine Umverteilung der Sichtbarkeit im öffentlichen Raum vornimmt.

Ein Aspekt der Kritik an *Decidim* betrifft die sprachliche Zugänglichkeit der Plattform. Die zentrale Instanz *decidim.barcelona*, die für viele partizipative Prozesse der Stadt verantwortlich ist, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Arbeit ausschließlich auf Katalanisch und Spanisch verfügbar ist. Dies führt zu einem faktischen Ausschluss all jener Personen, die keine dieser beiden Sprachen beherrschen. Ein zweiter, grundlegender Kritikpunkt betrifft die strukturellen Herausforderungen digitaler Partizipation. Hier stellt sich vor allem die Frage nach dem *Digital Divide*. Dieser meint die ungleiche Verteilung von Zugang zu digitalen Technologien, Internetinfrastruktur und digitalen Kompetenzen innerhalb der Bevölkerung (Fisk et al. 2023: 543). Besonders ältere Menschen oder sozial benachteiligte Gruppen verfügen oft nicht über die nötigen technischen Voraussetzungen oder Fähigkeiten, um an Online-Beteiligungsverfahren teilzunehmen. Digitale Partizipationsplattformen wie *Decidim* stehen daher vor der Herausforderung, soziale Ungleichheiten nicht zu reproduzieren, sondern durch gezielte Maßnahmen, etwa durch digitale Bildung, barrierefreie Gestaltung und Offline-Alternativen, aktiv abzubauen. Dies hätte nicht nur einen realen Effekt in Bezug auf Inklusion, sondern auch einen präfigurativen Charakter – hin zu einer inklusiven digitalen Öffentlichkeit, die niemanden aufgrund sprachlicher oder kultureller Unterschiede ausschließt. Wichtig ist zudem, dass die Plattform auch einen ernsthaften Einfluss auf reale politische Entscheidungen hat und nicht nur als Scheinpartizipation fungiert.

4.3 Verstetigung der rebellischen Stadt

Jenseits des einfachen Gegensatzes von Bewegung und Institution geht und ging es der municipalistischen Bewegung in den verschiedenen Städten Spaniens keinesfalls nur um die umstandslose Übernahme der Institutionen, sondern um die Erprobung einer neuen Institutionalität, um instituierende Praxen und konstituierende Prozesse – und darin um Weisen der Verstetigung, Bewahrung, Verknüpfung, Ermöglichung, Umhüllung und Sorge (Kubaczek/Raunig 2017:8f.).

Nach der intensiven Mobilisierungsphase der Wahlen in Spanien 2015 war die municipalistische Bewegung mit der Frage konfrontiert, inwiefern sich Subjektivität und Kollektivität durch den Prozess der Institutionalisierung verändern (Zechner 2017: 70). Mit dem Übergang in die Institutionen – etwa dem Einzug von *Barcelona en Comú* ins Rathaus –

verschob sich die Dynamik der Bewegung. Mit der Institutionalisierung musste der Munizipalismus konkreter, hierarchisierter und stärker an formale Spielregeln gebunden werden. Gleichzeitig ist auch innerhalb starrer institutioneller Strukturen eine gewissen Veränderung möglich, wenn neue Rollen und Praktiken eingeführt werden:

Daher ist der Begriff der ‚munizipalistischen Revolution‘ wohl eine Fehlbezeichnung, da das apriorische Spiel an sich fortbesteht – gleiche Büros in den alten Rathäusern, gleiche Arbeitsteilung und Entscheidungswege, gleiche zu befolgende Gesetze, gleiche Medien, denen man antwortet – aber die Spieler_innen ändern sich. Was Barcelona en Comú [...] mit dem Eintritt in die Institution tun kann, ist das stetige Umbenennen und Umstellen von Ämtern, die Erfindung neuer Rollen, Verantwortlichkeiten, Beratungsformen und Dialoge, damit sich das Spiel selbst vielleicht ein wenig ändert. Die Art und Weise, das Spiel zu verkörpern, der Stil und die Beziehungsformen, die ihm unterliegen, machen dabei viel aus (Zechner 2017: 73).

Der Eintritt von Graswurzelaktivist*innen in institutionelle Räume erfordert eine Umstellung, die tiefgreifende Veränderungen der Selbstwahrnehmung und politischen Praxis bedeutet (Zechner 2017: 73ff.). Institutionen sind körperlich und affektiv normierende Orte, in denen politische Subjekte nach spezifischen Mustern, wie Leistungsfähigkeit, Souveränität oder Emotionskontrolle, geformt werden. *Barcelona en Comú* wurde durch den Eintritt in die Institutionen damit zunehmend den Logiken der Bürokratie, der Verwaltung und der institutionellen Politik unterworfen (Zechner 2017: 76).

In der Praxis des Munizipalismus traten deshalb zahlreiche Spannungen zwischen Anspruch und Realität zutage. Die Idee, eine neue Form politischer Organisation mit horizontaler Entscheidungsstruktur und offener Beteiligung umzusetzen, erwies sich nach einiger Zeit in der institutionellen Realität als schwer umsetzbar. Von dem Übergang von der Bewegung in die Institutionen kam es zu einem fortschreitenden Prozess der Machtkonzentration: Entscheidungsprozesse wurden zunehmend professionalisiert und auf wenige Führungspersonen verlagert. Die ursprünglich intendierte Trennung von Parteistruktur und basisorientierter Demokratie verwischte, sodass viele der neuen Entscheidungsträger Teil klassischer politischer Dynamiken wurden (Mérida/Feenstra 2025: 79f.). Nachdem dieser Prozess nach der Wiederwahl 2019 schon weitgehend fortgeschritten war, wurde Ada Colau bei den Kommunalwahlen 2023 abgewählt und *Barcelona en Comú* verlor das Bürgermeisteramt nach acht Jahren an konservative Kräfte (Castaño 2024).

Mit der weiterhin existierenden digitalen Plattform *Decidim* wurde im Rahmen von *Barcelona en Comú* jedoch ein Werkzeug geschaffen, mit dem eine regulierte Form des Konflikts erfolgreich verstetigt wurde. Die vier Prinzipien der Verstetigung im radikaldemokratischen Sinne von Matthias Flatscher und Steffen Herrmann kann *Decidim* bis auf einige Kritikpunkte wesentlich erfüllen: Bis auf die bereits erwähnte, berechtigte Kritik bezüglich des *Digital Divide* und der Sprachbarriere wurde mit *Decidim* eine Institution geschaffen, die allen Subjekten zugänglich ist. Zweitens wurde das Infragestellen von Herrschaftsstrukturen durch die leicht zugängliche Möglichkeit Kritiken zu äußern ermöglicht. Diese sind zwar nicht politisch verbindlich, können aber durchaus Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Drittens werden dort unterschiedliche Perspektiven diskutiert, wodurch das Bewusstsein für politische Kontingenz gestärkt wird. Da *Decidim* viertens eine Plattform ist, die stetig weiterentwickelt wird und sich so in gewissem Sinne selbst in Frage stellt, ohne selbst Macht auszuüben, sind alle Prinzipien in gewissem Maße erfüllt.

Die Rückschläge, welche die munizipalistische Bewegung in Barcelona erleiden musste, sind weniger auf mangelnden politischen Willen, sondern vielmehr auf strukturelle Barrieren zurückzuführen; so offenbarte sich der Übergang vom Graswurzelaktivismus zur Parteipolitik als eine enorme Herausforderung. *Barcelona en Comú* wurde in das bereits existierende Korsett der Institutionen gezwängt, dessen Schnüre sich schwer lockern lassen. Gleichwohl wurden wertvolle Impulse für zukünftige Auseinandersetzungen um demokratische Stadtpolitik gewonnen.

5. Fedipilled: Mit dem Fediverse zur digitalen Souveränität

The activists who create fediverse software often do so precisely for this reason – to create a non-capitalist, community-run alternative to corporate social media (Gehl 2025: 282).

Soziale Medien haben sich zu zentralen Plattformen des öffentlichen Diskurses entwickelt. Sie fungieren als Marktplatz, auf dem politische, gesellschaftliche und kulturelle Debatten geführt werden. Überwachung ist dabei kein zufälliges Nebenprodukt, sondern ein bewusst integrierter Bestandteil kommerzieller Plattformen. Likes, Shares und Kommentare sind Daten, die als unbezahlte Arbeit in den algorithmischen Maschinenraum der Plattformen fließen. Die maschinelle Auswertung der Interaktionen steht in einem engen Wechselverhältnis zur Datengenerierung selbst: Je mehr geklickt wird, desto präziser kann aufgrund der Überwachung Werbung geschaltet werden. Obwohl der Europäische Gerichtshof verbindliche Vorratsdatenspeicherung untersagt hat, setzen kommerzielle Plattformen diese Praxis als lukratives Geschäftsmodell fort (Leistert 2022: 296).

In der Einleitung wurde bereits auf den Cambridge-Analytica-Skandal und den Einfluss von großen Tech-Unternehmen eingegangen. Wenn die digitale Öffentlichkeit von wenigen mächtigen Konzernen kontrolliert wird, die beispielsweise bestimmen, welche Inhalte sichtbar sind und welche nicht, werden grundlegende Prinzipien der Meinungsfreiheit und der gesellschaftlichen Teilhabe untergraben. Auch aufgrund des möglichen Missbrauchs von Daten durch GAFAM und dem damit einhergehenden Überwachungskapitalismus braucht es alternative Modelle sozialer Medien, die sich den etablierten Strukturen bewusst entgegenstellen. Diese dürfen nicht von der Ausbeutung persönlicher Daten leben und in einer kapitalistischen Logik verharren, sondern müssen dezentral, demokratisch und gemeinwohlorientiert organisiert sein.

5.1 Politische Subjektivierung des Fediverse

Das Fediverse, ein Begriff, der sich aus „Federation“ und „Universe“ zusammensetzt, beschreibt ein Netzwerk unabhängiger dezentraler Plattformen und Dienste, die miteinander

verbunden sind (Struckmeyer 2023). Im Vergleich zu herkömmlichen zentral organisierten Netzwerken unterscheidet es sich in erste Linie durch seine dezentrale Infrastruktur, die im Gegensatz zu den bekannten Plattformen nicht von einem, sondern von vielen Servern verwaltet. Es basiert zudem auf freier Software mit offenen Schnittstellen, dem sogenannten ActivityPub-Protokoll (Gehl 2025a: 280). Dies ermöglicht den Nutzer*innen bestimmte Freiheiten: So kann beispielsweise eine Software für jeden Zweck genutzt und Quellcodes eingesehen und verändert werden. Die Schnittstellen machen es möglich, dass auf verschiedenen Plattformen des Fediverse mit nur einem Account miteinander kommuniziert werden kann. Diese freie und quelloffene Software wird auch FOSS (Free and Open Source Software) genannt (Gehl 2025a: 280). Bei herkömmlichen sozialen Netzwerken hingegen wird für jede Plattform ein eigener Account benötigt: Ein Profil auf X ermöglicht es so nicht, sich mit anderen auf Instagram zu vernetzen.

Zu den wichtigsten Plattformen im Fediverse gehören unter anderem Mastodon (ähnlich wie X für Microblogging), Friendica und Hubzilla (beide ähnlich wie Facebook), PeerTube (eine dezentrale Alternative zu YouTube), PixelFed (ein Foto-Sharing-Dienst ähnlich wie Instagram) und Funkwhale (eine Plattform für Audiostreaming, vergleichbar mit Soundcloud) (Simon/Pietsch 2022: 8ff.). Mastodon gilt als die erfolgreichste Plattform im Fediverse und hat in den letzten Jahren, vor allem aufgrund der Twitter-Übernahme von Elon Musk, stark an Bedeutung gewonnen (Struckmeyer 2023). Mastodon hat „Tröts“ anstatt „Tweets“, ihre Länge können bis zu 500 Zeichen umfassen. Die Plattform-Community bemüht sich um ein freundliches und konstruktives Miteinander; auch auf Bildbeschreibungen zur Förderung von Barrierefreiheit wird Wert gelegt (Simon/Pietsch 2022: 9). Im Fediverse haben Nutzer*innen mehr Mitspracherecht, was ihnen angezeigt wird. Es gibt eine große Auswahl an Werkzeugen zur persönlichen Inhaltsmoderation; beispielsweise können Nutzer*innen oder auch ganze Instanzen stummgeschaltet werden. Auch eine Blockfunktion ist implementiert (Gehl 2025a: 282).

Ein wichtiger Aspekt im Fediverse ist ein gewisses Selbstverständnis der Reflexion über die Plattform: „[T]he favourite topic of discussion on the fediverse ist the fediverse“ (Gehl 2025a: 282). Mitglieder diskutieren viel und intensiv über die zukünftige Entwicklung des Fediverse und stellen es mit ihrer Kritik immer wieder auf die Probe (Gehl 2025a: 282). Die dezentrale Struktur des Fediverse eröffnet neue Räume für politisches Handeln und individuelle

Selbstbestimmung im digitalen Raum. Durch die offene Struktur werden Nutzer*innen zu Gestalter*innen ihrer digitalen Welt und verharren nicht in der Rolle des/der passiven Konsument*in. Zwar lässt sich auch in kommerziellen Sozialen Medien etwas mitbestimmen, dies beschränkt sich aber immer auf den Inhalt, also das, was selber von einem gepostet wird, und kaum auf eine Mitsprache in dem Aufbau, der Struktur oder den allgemeinen Regeln der Plattform. Im Gegensatz zu zentralisierten Netzwerken, die auf die Maximierung von Werbeeinnahmen ausgerichtet sind, fördert das Fediverse eine Kultur der Selbstverwaltung und Eigenverantwortung. Nutzer*innen können aktiv an der Gestaltung der Plattformen teilnehmen und ihre eigenen Regeln festlegen (La Cava/Greco/Tagarelli 2021: 2f.). Durch die dezentrale Struktur des Fediverse werden sie dazu ermutigt, sich zu engagieren. Das Fediverse „dient“ seinen Mitgliedern und nicht umgekehrt; es darf und soll aktiv von ihnen gestaltet werden. Nutzer*innen und ihre Daten sind nicht das Produkt, sie sind nicht „der Kadaver, der liegen bleibt“ (Zuboff 2018: 439). Das Fediverse ist nicht am Verkauf eines Verhaltensüberschusses interessiert, es möchte nicht mitspielen im Überwachungskapitalismus. Indem Nutzer*innen ins Fediverse wechseln, widersprechen sie aktiv der kapitalistischen Logik kommerzieller Sozialer Medien. Da viele Nutzer aufgrund der Twitter-Übernahme von Elon Musk wechselten und X aufgrund der Plattformlogik eine größere Reichweite bieten würde, lässt sich ein genutzter Account im Fediverse durchaus als politischer Protest deuten. Inwiefern hierbei eine politische Subjektivierung wirklich stattfindet, ist Streitbar. Jedenfalls existiert durch das Fediverse eine Alternative für Nutzer*innen, die es ermöglicht, die ihnen von kommerziellen Plattformen zugewiesenen „Rollen“ und Räume im Digitalen verlassen. In gewissem Sinne lässt sich mit Rancière sagen, dass sie sich von ihren Plätzen losreißen (Rancière 2022 [2002]: 48). Die Entwicklung des Fediverse ist eine Auflehnung gegen die gegebene Ordnung der Tech-Giganten. Jeder, der das Fediverse nutzt, unterstützt seine dezentrale nicht-kapitalistische Plattformlogik und macht es aufgrund der steigenden potenziellen Reichweite attraktiver für neue Mitglieder. Die vielfältigen Instanzen mit ihren unterschiedlichsten Regeln, Kulturen, Größen und politischen Ausrichtungen können zudem als ein Zeichen für die Pluralität der Subjektpositionen im Fediverse gedeutet werden.

Das Fediverse zeigt auf, wie ein digitaler Raum als Gegeninstitution fungieren kann und bildet damit eine Antwort auf die angebliche Alternativlosigkeit der Big Player. Dadurch wird deutlich, dass auch die Social-Media-Welt kontingent ist.

5.2 Demokratieverständnis des Fediverse

Ein wesentliches Prinzip des Fediverse ist die Selbstverwaltung der einzelnen Server. Auf diesen, auch „Instanzen“ genannt, können eigene Regeln definiert und spezifische Gemeinschaften gebildet werden. Dies fördert die Vielfalt und ermöglicht eine offene Kommunikation, die nicht durch die Interessen eines/r Betreiber*in eingeschränkt wird (Simon/Pietsch 2022: 5f.). Werbung und Marketing ist im Fediverse nicht besonders angesehen, auf vielen Instanzen sogar verboten: „[I]f a fediverse server is installed that does intent to sell user data, that server would likely be blocked by the bulk of the network“ (Gehl 2025a: 281). Die meisten Instanzen im Fediverse arbeiten gemeinnützig orientiert und finanzieren sich teils durch Spenden, teils überdauern sie durch Freiwilligenarbeit der Moderator*innen. Das Ziel dieser ist es für gewöhnlich, eine gute Community aufzubauen und nicht einfach die Nutzerzahlen zu erhöhen. Dies geht soweit, dass manche Instanzen sich für neue Nutzer*innen schließen, sodass sich keiner mehr unter diesem Server neu registrieren kann. Dadurch bleibt die Instanz leichter moderierbar (Gehl 2025a: 281).

Die Moderation von Inhalten ist bei kommerziellen Plattformen in der Regel eine sehr prekäre Arbeit, die oft in den globalen Süden ausgelagert wird. Diese ist meist geprägt von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und birgt eine große Gefahr für die mentale Gesundheit. Wer Content moderiert, muss alle Inhalte sichten, die auf der jeweiligen Plattform gemeldet werden. Das beinhaltet auch Hatespeech, Videos und Bilder von Gewalt, sexuellen Übergriffen, und Kindesmissbrauch. Viele Content Moderator*innen entwickeln aufgrund ihrer Arbeit eine post-traumatischen Belastungsstörung oder ähnliche Symptome (Gehl 2025a: 278). Es stellt sich aufgrund dieser Situation im Kontext des Fediverse die Frage, wer Inhalte moderiert, mit welcher Unterstützung und wie mit Verstößen gegen Community-Richtlinien umgegangen wird.

Neben der individuellen Moderation gibt es für jede Instanz Admins, die sich um die technische Infrastruktur eines Servers kümmern und diesen meist auch moderieren: Admins legen einen Verhaltenskodex fest und setzen diesen auch durch, beispielsweise mit Verwarnungen oder dem Löschen von Inhalten. Auch können Mitglieder vom Admin aus der Instanz entfernt werden. Da jede*r die freie Wahl hat, bei welchem Server mit welchem Verhaltenskodex, er*sie sich registrieren möchte, sind Konflikte innerhalb dieser eher gering. In der Regel sind

die Mitglieder sehr homogen in Bezug auf ihre Werte und ihre Erwartungen (Gehl 2025a: 282f.). Schwierig ist die Moderation meistens in erster Linie zwischen den Instanzen:

As one interviewee told me, the ease with which a fediverse server can be spun up means that small groups of internet trolls can set up their own servers and harass people relatively easily: ‘You buy a cheap, cheap domain name, you spin up a cheap, cheap server, put Pleroma [software for federated microblogging] on it, boom, 20 minutes later, you’re calling people the n-word’. Or, an individual who gets blocked for harassment can sign up for a new account on another server and begin harassing people again. Moderating these events is an outward-facing, instance-to-instance practice (Gehl 2025: 283).

Als Antwort auf die Schwierigkeiten bei der Moderation haben Fediverse-Mitglieder zwei Methoden entwickelt. Die erste beinhaltet Hashtags, die andere vor „Trollen“ warnen: #Fediblock ist ein Beispiel für einen viel genutzten Hashtag, der von zwei Feministinnen ins Leben gerufen wurde und sich gegen Belästigung einsetzt. Dieser macht übergriffige Accounts sichtbar und warnt andere, wenn diese von einer Instanz zur anderen migrieren. Die andere Methode sind Blocklisten. Sie sind technisch so gestaltet, dass sie ein massenhaftes Blocken von unerwünschten Accounts oder ganzen Instanzen mit ein paar Klicks ermöglichen. Angesichts der Problematiken von Moderation in Sozialen Netzwerken werden diese Listen als erforderlich angesehen, jedoch auch stark kritisiert (Gehl 2025a: 283). Ein wesentlicher Kritikpunkt ist die Tatsache, dass Listen völlig intransparent sind, wenn es um ihre Auswahlkriterien geht: So führen sie keine Begründungen an, warum jemand gelistet wurde (Gehl 2025a: 285). Dies wirft Fragen hinsichtlich Entscheidungsträger*innen auf: Wer entscheidet über das Listen und auf welcher Grundlage? „[L]isting is an act of power – those who list claim some authority to decide what counts“ (Gehl 2025a: 284). Um dieser berechtigten Kritik entgegenzuwirken, erstellen die Betreiber*innen von Blocklisten meist umfangreiche Begleitdokumente, in denen erläutert wird, nach welchen Kriterien vorgegangen wird. Auch wird einem potenziellen Bias Beachtung geschenkt und es wird protokolliert, wann und warum Einträge, Accounts oder Instanzen auf Listen gesetzt werden. Diese Protokolle sind öffentlich einsehbar. Außerdem werden die Listen in der Regel nicht von Einzelpersonen, sondern von Kollektiven geführt (Gehl 2025a: 286).

Ein weiterer Kritikpunkt stellt die binäre Funktionsweise von Listen dar, nach der man entweder auf einer Liste steht oder nicht. Durch diese Logik unterliegen Sanktionen einer

radikalen Härte: Steht man auf der Liste, wird jegliche Verbindung gekappt, unabhängig der vergangenen Beziehung (Gehl 2025a: 285). Um dem zu widersprechen existieren Listen mit abgestuften Varianten. Je nach eigener Community-Richtlinien können Admins strenge oder zurückhaltende Optionen wählen oder auch ganz auf Blocklisten verzichten. Dadurch kann die Moderation besser an die gemeinschaftlichen Werte der Instanzen angepasst werden und folgt keinem „alles-oder-nichts“-Prinzip der binären Logik (Gehl 2025a: 286f.). Der dritte diskussionswürdige Aspekt von Blocklisten ist die Gefahr, dass sich Listen leicht erweitern und kopieren lassen. Dadurch können sich Einträge schnell von einer Instanz im gesamten Fediverse verbreiten und verfestigen so einmaliges Blocken – inklusive potenzieller Fehlentscheidungen. Um eine schnelle und unkritische Verbreitung von Listen zu verhindern, wurden verschiedene Mechanismen entwickelt. Einer ist die Möglichkeit der „Wiedergutmachung“: Admins gehen gezielt auf geblockte Instanzen oder Nutzer*innen zu, suchen das Gespräch und bieten an, diese wieder „herunterzustufen“. Blocklistensysteme von Instanzen können unterschiedliche Schweregrade aufweisen und blockierte Server können sich somit Stück für Stück aus der Liste „herausarbeiten“. Auch gibt es die Möglichkeit eines Einspruchs, bei dem kollektiv bewertet wird, ob der Eintrag auf der Blockliste revidiert werden sollte. Die Verantwortung bleibt letztlich bei den Instanzen selbst – Listen sind lediglich Empfehlungen. Ob diese implementiert werden oder nicht, ist eine Entscheidung der Admins jedes einzelnen Servers (Gehl 2025a: 287f.).

Die Betreuung von Instanzen und das Kuratieren von Blocklisten kann genauso traumatisierend sein, wie die Moderation auf kommerziellen Plattformen. Auch im Fediverse werden Bilder von Gewalt und Extremismus geteilt. Um zu verhindern, dass Admins schwere Folgen davontragen, herrscht eine Ethik der Fürsorge: In unterstützenden Netzwerken und Foren organisieren sich Admins, tauschen sich über Erfahrungen aus, besprechen einzelne Fälle und bieten emotionale Entlastung an; auch gibt es Anlaufstellen und Supportangebote. Die Belastung durch die Moderation wird somit nicht als privates Problem gehandhabt, sondern als kollektive Aufgabe (Gehl 2025a: 289f.). Sorgearbeit wird damit als integrierter Bestandteil der Moderation im Fediverse angesehen.

Wie gezeigt wurde, ist die Moderation eine der größten Herausforderungen in sozialen Netzwerken. Einerseits soll ein möglichst freier Raum kreiert werden, in dem Meinungen und Diskurse Gehör finden; andererseits soll dieser Raum ein sicherer sein, der Extremismus, Hass

und Trolling keinen Platz bietet. Blocklisten sind ein effektives Mittel hierfür, haben jedoch auch einige Nachteile, wodurch ihnen schnell Zensur vorgeworfen werden kann. Um dem entgegenzuwirken behandelt das Fediverse Blocklisten nicht als etwas Absolutes, sondern als etwas, das stets vorläufig und anfechtbar ist. Aufgrund der Blocklisten und deren Entscheidungsträger*innen, sowie zu gewissem Grade auch der Existenz von Admins, scheint eine minimale autoritäre Struktur abseits der kapitalistischen Logik auch im Fediverse unumgebar.

Dennoch kommt das Fediverse einer radikaldemokratischen digitalen Organisation recht nahe, indem es Kontingenz anerkennt und sichtbar macht. Es zeigt auf, dass Soziale Netzwerke sowohl in ihrer technischen Infrastruktur, als auch in ihrer Moderation anders sein können und stets hinterfragbar bleiben sollen. Auch lässt sich beispielsweise anhand des Umgangs mit Blocklisten erkennen, dass Konflikte und Aushandlungen nicht umgangen, sondern als Teil des Miteinanders im Fediverse gehandhabt werden. Außerdem ermöglicht die Struktur des Fediverse eine *Logik der Differenz* und eine *Logik der Äquivalenz*: Dadurch, dass jede Instanz seine eigenen Regeln festlegen kann, ist es möglich, sich abzugrenzen und besondere Schwerpunkte in der Gestaltung oder auch Moderation zu legen. Gleichzeitig bildet der technische Aufbau des Fediverse, wie die Dezentralität oder auch die quelloffene Software, einen Kontrast zu kommerziellen Netzwerken, was die Instanzen wiederum miteinander verbindet. Damit bildet das Fediverse einen Antagonismus gegenüber den großen Tech-Konzernen. Besonders grenzt sich das Fediverse von diesen ab, da es kein Zentrum der Macht besitzt, sondern viele kleine Instanzen. Es gehört niemandem; sein *Ort der Macht* bleibt weitgehend *leer*. Gerade deshalb läuft das Fediverse Gefahr, dass Instanzen zu groß werden und ein Machtzentrum bilden können.

5.3 Verstetigung des Fediverse

Im März 2023 machte Meta die Ankündigung, das soziale Netzwerk „Threads“ zu veröffentlichen. Dies war mit dem Anspruch verbunden, sich per ActivityPub im Fediverse zu integrieren. Besonders für dessen Mitglieder*innen erwuchs daraus die Frage, was mit widerständigen Orten passiert, wenn Großkonzerne sich dieser bedienen. Zudem wurde diskutiert, ob die für alle frei verfügbare Infrastruktur von ActivityPub auch für Konzerne

zugänglich sein sollte. Befürworter*innen argumentieren, dass niemand das Fediverse „besitzt“. So sollen offene Protokolle sowohl von Individuen, als auch von Unternehmen genutzt werden können – Threads zu blockieren würde dem Grundgedanken des Fediverse widersprechen. Viele Tech-Journalist*innen begrüßten den Kurswechsel des Konzerns, da dieser bisher nicht als Förderer dezentraler Netzwerke galt (Gehl 2025b: 138). Threads generierte innerhalb weniger Monate 100 Millionen Nutzer*innen – was etwa zehnmal der Größe des restlichen Fediverse zu diesem Zeitpunkt entsprach. Die schnell wachsenden Nutzerzahlen können als Chance für Inhalte und Reichweite gesehen werden, wodurch mehr Menschen für bessere, dezentrale Alternativen sensibilisiert werden können (Gehl 2025b: 139).

Viele Nutzer*innen des Fediverse nahmen die Ankündigung Metas jedoch als Kampfansage auf: Verschiedene Kampagnen, wie „#fedipact“ oder „#fediblock“ dienten dazu, Threads präventiv zu blockieren (Gehl 2025b: 135). Meta gilt den Kritiker*innen als ein Paradebeispiel für Überwachungskapitalismus. Für viele ist die Blockade ein wichtiges Zeichen gegen Datensammelpraktiken. Tatsächlich braucht Meta keine Social-Media-Daten aus „erster Hand“, um seine Akkumulation voranzutreiben: „Meta has been gathering data on people – including non-meta users – for a long time by scraping the Internet and monitoring people as they visit websites“ (Gehl 2025b: 141). Die Blockade gegen Threads war somit in erster Linie Symbolpolitik und sollte daran erinnern, wofür das Fediverse gegründet wurde: Kleine, selbstverwaltete Communities mit klaren Verhaltensregeln, die Werte definieren, Verbindungen steuern und problematische Server blockieren (Gehl 2025b: 143).

Weiter betonten die Kritiker*innen, dass eine naive Offenheit gegenüber Threads Grundprinzipien des Fediverse, wie beispielsweise die dezentrale Organisation, gefährdet: Threads wurde schnell zum größten Teilnetz im Fediverse und bildet damit ein mächtiges Zentrum. Damit kann eine algorithmische Verstärkung von „Attention“-Mechanismen auch im übrigen Fediverse Einzug halten: Inhalte, die Angst oder Empörung hervorrufen, bekommen in der Regel mehr Aufmerksamkeit und Engagement. Genau von dieser Logik, die Teil des Plattformökonomismus ist und längst zu einem der Grundmechanismen von „Corporate Social Media“ gehört, möchte sich das Fediverse abgrenzen (Gehl 2025b: 146). Weitere Firmen wie Automattic/Tumblr, Flipboard und Medium experimentieren bereits mit ActivityPub, was zu einer Kommerzialisierungstendenz führt (Gehl 2025b: 148). Dies deutet darauf hin, dass sich das Fediverse und seine technische Infrastruktur selbst bei den Global Playern etablieren kann.

Hinsichtlich der Verstetigung entsteht hier ein Paradoxon: Einerseits kann sich das Fediverse flächendeckender verstetigen, wenn große Konzerne, die schnell große Nutzerzahlen akquirieren können, ihre Netzwerke mit Zugang zum Fediverse umstrukturieren. Gleichzeitig jedoch kann dies dazu führen, dass sich Logiken einschleichen, die viele Grundprinzipien des Fediverse verdrängen.

6. Conclusio

In dieser Arbeit wurde der Frage nachgegangen, inwiefern der Hactivismus, rebellische Städte und das Fediverse digitale Gegeninstitutionen sind und welche radikaldemokratischen Elemente sie verkörpern. Dabei wurde jeweils auf die politische Subjektivierung, das zugrundeliegende Demokratieverständnis und die Verstetigung der Fallbeispiele eingegangen. Für die Analyse wurde sich in erster Linie auf die radikaldemokratischen Theorien von Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Jacques Rancière bezogen.

Ausgangspunkt war die Diagnose, dass sich die digitale Sphäre in ihrer gegenwärtigen Form in eine dystopische Richtung entwickelt. Von der anfänglichen Techno-Utopie ist wenig übriggeblieben, stattdessen dominieren Phänomene wie der Überwachungskapitalismus oder algorithmische Gouvernamentalität. Big Tech extrahiert menschliche Erfahrungen, macht sie zur Ware und verdient dabei Milliarden. GAFAM hat dabei auch immer eine politische Ebene – explizit, wie anhand des Cambridge-Analytica-Skandals skizziert wurde und implizit, weil sie sich einer kapitalistischen und autoritären Logik bedienen. Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, wie Gegeninstitutionen sich diesen Entwicklungen entgegenstellen und Widerstand leisten können. Nun ist es offensichtlich, dass nicht jede Gegeninstitution automatisch radikaldemokratisch ist oder handelt. Selbstverständlich kann eine Gegeninstitution auch andere Ziele verfolgen, die den Grundsätzen der radikalen Demokratie aufs Äußerste widersprechen. Aus diesen Gründen wurden die drei Fallbeispiele in Bezug auf ihre radikaldemokratischen Elemente untersucht. Wie aufgezeigt wurde, versteht die radikaldemokratische Perspektive Demokratie als offenen, konflikthaften Prozess ohne letzte Fundamente und betont die Kontingenz politischer Ordnungen.

Der Hactivismus stellt eine Gegeninstitution dar, indem er sich gegen bestehende politische, wirtschaftlich und technologische Machtverhältnisse richtet. Dabei grenzt er sich von einem oberflächlichen „Klicktivismus“ ab, der innerhalb der Logiken der jeweiligen kapitalistischen Plattformen verharrt. Der Hactivismus wurde beispielhaft anhand der Gruppe Anonymous analysiert. Dabei wurde aufgezeigt, dass der Hactivismus als „störende Unterbrechung“ lesbar ist und einen Bruch mit der *polizeilichen Ordnung* im Sinne Rancières darstellt. Gleichzeitig weist Anonymous nur eine sehr lose Form der Verstetigung auf, da ihr Hactivismus in der

Regel zwar wiederkehrend ist, aber ereignishaft bleibt, wodurch sich weitere Parallelen zu Rancières Politik des Entgründens zeigen.

Als zweite Gegeninstitution wurden rebellische Städte mit besonderem Fokus auf *Barcelona en Comú* analysiert. Rebellische Städte stellen eine Gegeninstitution zu neoliberalen Smart-City-Konzepten großer Tech-Unternehmen dar, indem sie auf eine gemeinwohlorientierte Technologie setzen. Ausgangspunkt für die Entwicklung der Bürgerplattform *Barcelona en Comú* bildet der Munizipalismus, dessen Impuls von der 15-M.Bewegung im Jahr 2011 in Spanien ausging. *Barcelona en Comú* hat alternative Vorstellungen von politischer Teilhabe, Urbanität und öffentlicher Infrastruktur in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. Gleichzeitig bildeten sie einen Antagonismus gegenüber den „Eliten“, kapitalistischen Stadtmodellen und einer gewinnorientierten Plattformökonomie. Ihre Verstetigung zeigt sich mit ihrem Einzug ins Rathaus in Barcelona 2015 und der Etablierung der Plattform *Decidim*: Der Übergang von der Bewegung in die Institutionen erwies sich als Herausforderung und zeigt die Schwierigkeit auf, bereits bestehende Institutionen und deren Logiken zu verändern. Auch wenn *Barcelona en Comú* 2023 abgewählt wurde, haben sie mit *Decidim* eine Plattform geschaffen, in der ein regulierter Konflikt verstetigt werden konnte.

Das Fediverse präsentiert sich als infrastrukturelle Alternative zu herkömmlichen Sozialen Medien, da es durch das ActivityPub-Protokoll dezentral organisiert ist und sich dem Überwachungskapitalismus entgegenstellt. Nutzer*innen können sich von ihrer Rolle als passive Konsument*innen losreißen und ihre eignen Instanzen verwalten. Konflikte darüber, wie das Fediverse gestaltet werden soll, sind integraler Bestandteil der „Fedikultur“. So wurden und werden die Fragen nach der Moderation, dem Kuratieren von Blocklisten oder auch den Umgang mit Threads von Meta umfassend und kontrovers intern diskutiert. Die Struktur des Fediverse ermöglicht zudem eine *Logik der Äquivalenz* und eine *Logik der Differenz*: Jede Instanz kann eigene Regeln, Schwerpunkte und Moderationspraktiken festlegen und sich dadurch voneinander abgrenzen. Gleichzeitig schafft die dezentrale Architektur als Ganzes einen Antagonismus gegenüber Big Tech. Die Implementierung des ActivityPub durch Threads und die damit einhergehende Anbindung an das Fediverse zeigt, dass man von einer Etablierung und einer Verstetigung des Fediverse sprechen kann. Damit geht jedoch auch ein Dilemma einher: Die Offenheit des Protokolls erlaubt es, dass neue Nutzer*innen und Reichweite

hinzukommen – gleichzeitig besteht aber das Risiko, dass kommerzielle Logiken langsam in das Fediverse einsickern und dieses von innen verändern.

Alle drei Gegeninstitutionen weisen radikaldemokratische Elemente auf, wenngleich in unterschiedlichem Maße und mit variierenden Schwerpunkten. Gemeinsam ist ihnen vor allem die Sichtbarmachung von Kontingenz sozialer Ordnungen. Sie fungieren als Orte des Widerstands, indem sie alternative Räume schaffen oder die bestehenden stören. Nicht jede Gegeninstitution wird sich auf lange Sicht verstetigen – manche werden „scheitern“, manche sich etablieren, andere unterwandert werden. Dennoch erinnern Gegeninstitutionen stetig daran, dass Gesellschaften und ihre Ordnungen nie festgeschrieben sind, immer auch anders sein können. Sie bilden als Keimzelle alternativer Praktiken einen Ort zum Experimentieren, wodurch eine andere Welt gedacht und erprobt werden kann. In seinen Anfängen schien das Internet die Möglichkeit zu schaffen, solche Welten zu ermöglichen. Schnell kam die Enttäuschung, als es vom Überwachungskapitalismus und anderen Schreckensgestalten infiltriert wurde. Umso wichtiger, dass auch im Digitalen Gegeninstitutionen existieren, von denen ausgehend eine radikaldemokratische Eroberung der digitalen Sphäre vorstellbar wird.

7. Literaturverzeichnis

Anonymous. 2008. Message to Scientology. YouTube.

<https://www.youtube.com/watch?v=JCbKv9yiLiQ> (22.10.2025).

Anonymous @YourAnonCentral. 30.12.2024. X.

<https://x.com/YourAnonCentral/status/1873586828626083894> (22.01.2026).

Apple. 2026. Neue Funktionen bei der Apple Watch und in watchOS 26.

<https://support.apple.com/de-at/guide/watch/apdb93ea3872/watchos> (24.01.2026).

Backhaus, K., Paulsen, T. 2018. Vom Homo Oeconomicus zum Homo Digitalis – Die Veränderung der Informationsasymmetrien durch die Digitalisierung, in: Marketing Weiterdenken: Zukunftspfade für eine marktorientierte Unternehmensführung, Bruhn, M., Kirchgeorg, M. (Hrsg.). Wiesbaden. S. 105-122.

Barandiaran, X., Calleja-López, A., Monterde, A., Romero, C. 2024. Decidim, a Technopolitical Network for Participatory Democracy: Philosophy, Practice and Autonomy of a Collective Platform in the Age of Digital Intelligence. Cham.

Bauriedl, S. Strüver, A. 2018. Raumproduktion in der digitalisierten Stadt, in: Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, Bauriedl, S., Strüver, A. (Hrsg.). Bielefeld. Xvi-xviii.

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. DoS- und DDoS-Attacken.

https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Verbraucherinnen-und-Verbraucher/Cyber-Sicherheitslage/Methoden-der-Cyber-Kriminalitaet/DoS-Denial-of-Service/dos-denial-of-service_node.html (22.10.2025).

Bundeskriminalamt. 2016. Hacktivismen: Abschlussbericht.

Campell, J. 2023. Internet troll, in: EBSCO Knowledge Advantage.

<https://www.ebsco.com/research-starters/science/internet-troll> (12.02.2026).

Castaño, P. 2024. Acht Jahre politischer Wandel in Barcelona. <https://rosalux.eu/2024/acht-jahre-politischer-wandel-in-barcelona/> (21.02.2026).

- Cuéllar, L. 2017. Klicktivismus: Reichweitenstark aber unreflektiert?
https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/258645/klicktivismus-reichweitenstark-aber-unreflektiert/?utm_source=chatgpt.com (28.01.2026).
- Coleman, G. 2013. Anonymous in Context: The Politics and Power behind the Mask. Ontario.
- Drosdowski, J. 2022. Hacker*innen im Krieg. <https://taz.de/Neuer-Podcast-Legion-ueber-Anonymous/!5890039/> (07.11.25).
- Fisk, R., Gallan, A., Joubert, A., Beekhuyzen, J., Cheung, L., Russell-Bennett, R. 2023. Healing the Digital Divide With Digital Inclusion, in: Enabling Human Capabilities. Journal of Service Research: JSR, 26(4), 542–559.
<https://doi.org/10.1177/10946705221140148>
- Flügel-Martinsen, O. 2020. Radikale Demokratietheorien – zur Einführung. Hamburg.
- Foucault, M. 2004. Gouvernamentalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt am Main.
- Galcerán Huguet, M. 2017. Der Kampf für den sozialen Wandel und seine Ankunft in den Institutionen, in: Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte, Brunner, C., Kubaczek, N., Mulvaney, K., Raunig, G. (Hrsg.). Wien. 35–50.
- Galcerán Huguet, M., Carmona Pascual, P. 2017. Die Zukünfte des Munizipalismus: Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung, in: Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte, Brunner, C., Kubaczek, N., Mulvaney, K., Raunig, G. (Hrsg.). Wien. 105–111.
- Gebh, S., Seitz, S. 2024. Postfundamentalismus. Wien.
- Gehl, R. 2025a. Fediverse Blocklists: Moderation in Noncapitalist Social Media, in: TripleC, 23(2), 2025. 278–294. <https://doi.org/10.31269/3s4fqf49>.
- Gehl, R. 2025b. Move Slowly and Built Bridges: Mastodon, the Fediverse, and the Struggle for Democratic Social Media. New York.

- Harari, Y. 2020. Yuval Noah Harari: the world after coronavirus. Financial Times.
<https://www.ft.com/content/19d90308-6858-11ea-a3c9-1fe6fedcca75> (10.02.2026).
- Harvey, D. 2012. Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution. London.
- Hausbichler, B. 2022. Woke-Washing: Alles eine Frage des Images.
<https://www.derstandard.at/story/2000140535892/woke-washing-alles-eine-frage-des-images> (28.01.2026).
- Herrmann, S., Flatscher, M. Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive, in: Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie, Herrmann, S., Flatscher, M. (Hrsg.). Baden-Baden. 7-23.
- Joss, S. 2019. Foreword, in: Inside Smart Cities – Place, Politics And Urban Innovation, Karvonen, A., Curgurullo, F., Caprotti, F. (Hrsg.). London. xvi-xviii.
- Karvonen, A., Curgurullo, F., Caprotti, F. 2019. Introduction: Situating smart Cities, in: Inside Smart Cities – Place, Politics and Urban Innovation, Karvonen, A., Curgurullo, F., Caprotti, F. (Hrsg.). London. 1-12.
- Klingschat, K. 2022. Shadowban bei TikTok, Instagram & Co – Das steckt dahinter.
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.shadowban-instagram-twitter-mhstd.12395b8a-08cd-4128-a920-30f02cb1a76f.html> (28.01.2026).
- Kokkonen, S. 2023. Anonymous-Maske: Das musst du über ihre Ursprünge und Bedeutung wissen. <https://t3n.de/news/anonymous-maske-bedeutung-1535263/> (07.02.2026).
- Kubaczek, N., Raunig, G. 2017. Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien, in: Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte, Brunner, C., Kubaczek, N., Mulvaney, K., Raunig, G. (Hrsg.). Wien. 7–28.
- Laclau, E., Mouffe, C. 2020 [1985]. Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.

- Lefort, C. 1990. Die Frage der Demokratie, in: Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Rödel, U. (Hrsg.). Frankfurt am Main. 281-297.
- Lefort, C. 1999. Fortdauer des Theologisch-Politischen? Wien.
- La Cava, L., Greco, S., Tagarelli, A. 2021. Understanding the growth of the Fediverse through the lens of Mastodon, in: Applied Network Science, 6(1), 1–35.
<https://doi.org/10.1007/s41109-021-00392-5>
- Leistert, O. 2022. Soziale Medien als Technologien der Überwachung und Kontrolle, in: Handbuch Soziale Medien, Schmidt, J. Taddicken, M. (Hrsg.). Wiesbaden. 295-313.
- Lovink, G. 2017. Im Bann der Plattformen: Die nächste Runde der Netzkritik. Bielefeld.
- Marchart, O. 2010. Die politische Differenz. Berlin.
- Maurushat, A. 2019. Ethical Hacking. Ottawa.
- Mérida, J., Feenstra, A. 2025. From movement to party: Analysis of the tensions between horizontality and oligarchy in Spanish municipalist platforms (2015-2023), in: Party Politics, 32(1), 2026. 73-88, <https://doi.org/10.1177/13540688251315283>
- Morozov, E., Bria, F. 2017. Die smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können. Berlin.
- Müller-Seitz, G., Seiter, M., Wenz, P. 2016. Was ist eine Smart City? Betriebswirtschaftliche Zugänge aus Wissenschaft und Praxis. Wiesbaden.
- Mülling, E. 2019. Big Data und der digitale Ungehorsam. Wiesbaden.
- O’Neil, C. 2018. Angriff der Algorithmen. Bonn.
- Raimondi, F. 2020. Subjektivierung, in: Radikale Demokratietheorie – Ein Handbuch, Comtesse, D. et al. (Hrsg.). Berlin. 622-632.
- Rancière, J. 2022 [2002]. Das Unvernehmen. Frankfurt.

- Rancière, J. 2017. Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?, in: Die Revolution der Menschenrechte – Grundlegende Texte zu einem neuen Begriff des Politischen Menke, C., Raimondi, F. (Hrsg.). Berlin. 474-490.
- Rancière, J. 2018. Zehn Thesen zur Politik. Wien.
- Rouvroy, A. 2013. The End(s) of Critique: Data Behaviorism vs. Due Process, in: Privacy Due Process and the Computational Turn: The Philosophy of Law Meets the Philosophy of Technology, Hildebrandt, M., de Vries, K. (Hrsg.): London. 1-15.
- Rouvroy, A., Berns, T. Algorithmic governmentality and prospects of emancipation, in: Réseaux, 1(177), 2013. 163-196.
- Sarnow, M., Tiedemann, N. 2019. Rebel the Crisis? Neue Munizipalisten in Süd- und Südosteuropa. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 32(2), 2019. 279-286. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0032>
- Seymour, R. 2019. The Twittering Machine. London/ New York.
- Simon, L., Pietsch, C. 2022. Fediverse – So geht Social Media: Raus aus den Hassmedien. Bielefeld.
- Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050. 2019. Die Dimensionen, Leitziele und Themenfelder der Smart City Wien Rahmenstrategie. https://smartcity.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/3/2019/06/SCWRA_Übersicht-Ziele.pdf (13.11.25).
- Sörensen, P. 2023. Präfiguration : zur Politizität einer transformativen Praxis. Frankfurt am Main.
- Statistik Austria. 2025. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2024: Hauptergebnisse der Jahresrechnung. Wien. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/VGR2024_barr.pdf (20.01.2026).
- Struckmeyer, K. 2023. Stichwort: Fediverse, in: merz | medien + erziehung, 67(3). 4. <https://doi.org/10.21240/merz/2023.3.3>

- Stöcker, C. 2023. Kleine Geschichte der Hackerkultur: Von der Modelleisenbahn zur radikalen Transparenz. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/cybersicherheit-2023/521304/kleine-geschichte-der-hackerkultur/> (07.11.25).
- Tagesschau. 2025. Was “Big Tech“ mit den Milliarden Gewinnen macht. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/big-tech-erfolg-gewinne-100.html> (24.01.2026).
- Tufekci, Z. 2017. Twitter and Tear Gas: The Power and Fragility of Networked Protest. New Haven/London.
- Vasilache, A. 2020. Dissens/Konflikt/Kampf, in: Radikale Demokratietheorie – Ein Handbuch, Comtesse, D. et al. (Hrsg.). Berlin. 492-503.
- Weiß, E. 2022. Skandal um Cambridge Analytica: Meta zahlt 725 Millionen US-Dollar im Vergleich. <https://www.heise.de/news/Skandal-um-Cambridge-Analytica-Meta-zahlt-725-Millionen-US-Dollar-in-Vergleich-7442756.html> (05.01.2026).
- Zechner, M. 2017. Let’s play? Bürgerschaft, Subjektivität und Kollektivität im Munizipalismus, in: Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte, Brunner, C., Kubaczek, N., Mulvaney, K., Raunig, G. (Hrsg.). Wien. 67-81.
- Zuboff, S. 2018. Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt am Main.